

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 619/84 des Rates vom 5. März 1984 zur Ausdehnung der gemeinsamen Maßnahme gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 zur Beschleunigung der Agrarentwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands 1**

- Verordnung (EWG) Nr. 620/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen 3

- Verordnung (EWG) Nr. 621/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 5

- Verordnung (EWG) Nr. 622/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Änderung der für die Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen sowie für Sonnenblumenkerne dienenden Elemente 7

- Verordnung (EWG) Nr. 623/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne . . . 11

- Verordnung (EWG) Nr. 624/84 der Kommission vom 8. März 1984 über Lieferungen von Weichweizenmehl an Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe 13

- Verordnung (EWG) Nr. 625/84 der Kommission vom 8. März 1984 über die Lieferung von Weichweizenmehl an Somalia im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe . . . 20

- Verordnung (EWG) Nr. 626/84 der Kommission vom 8. März 1984 über die Durchführung einer neuen Ausschreibung über die Lieferung von Weichweizenmehl als Nahrungsmittelhilfe für Swasiland 23

- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 627/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1928/83 betreffend die letzte Frist für die Gewährung der Beihilfen an die Kleinerzeuger von Milch 29**

(Fortsetzung umseitig)

Inhalt (Fortsetzung)

* Verordnung (EWG) Nr. 628/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für bestimmte Reiseartikel der Tarifstelle 42.02 B mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	30
* Verordnung (EWG) Nr. 629/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für bestimmtes Rind- und Kalbleder der Tarifstelle 41.02 ex C mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	31
Verordnung (EWG) Nr. 630/84 der Kommission vom 9. März 1984 zur Änderung der Einfuhrabschöpfung für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse	32
Verordnung (EWG) Nr. 631/84 der Kommission vom 9. März 1984 über die Aussetzung der Vorausfestsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Mais	35

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

84/132/EWG :

* Beschluß des Rates vom 1. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers	36
Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers	38

I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EWG) Nr. 619/84 DES RATES**

vom 5. März 1984

zur Ausdehnung der gemeinsamen Maßnahme gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 zur Beschleunigung der Agrarentwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 1975/82⁽³⁾ findet nur auf bestimmte benachteiligte Gebiete im Sinne der Richtlinie 81/645/EWG des Rates vom 20. Juli 1981 betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Griechenland)⁽⁴⁾ Anwendung.

Die Kommission hat dem Rat am 24. März 1983 Vorschläge unterbreitet, die unter anderem die künftige Entwicklung der Struktur der Landwirtschaft Griechenlands betreffen.

Eine wirksame Durchführung der vom Rat bereits beschlossenen oder in Zukunft noch zu beschließenden Gemeinschaftsaktionen zur Agrarstrukturverbesserung in Griechenland macht es erforderlich, daß unverzüglich Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, zur landwirtschaftlichen Wasserwirtschaft und zur Verbesserung der Forstwirtschaft in die Wege geleitet werden.

Die hierzu in der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 vorgesehenen Maßnahmen müssen daher auf alle ländlichen Gebiete Griechenlands ausgedehnt werden.

Diese Ausdehnung liegt im besonderen Interesse der Gemeinschaft. Die diesbezüglichen Maßnahmen stellen daher eine gemeinsame Maßnahme im Sinne des Artikels 6 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der

gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3509/80⁽⁶⁾, dar —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Es wird eine gemeinsame Maßnahme im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 beschlossen, die die Republik Griechenland durchführen soll, um eine wesentliche Verbesserung der Agrarstrukturen in den von der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 nicht erfaßten ländlichen Gebieten zu erreichen.

(2) Die gemeinsame Maßnahme umfaßt die in den Titeln II (ländliche Infrastruktur), III (Bewässerung) und VII (forstwirtschaftliche Maßnahmen) der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 bezeichneten Maßnahmen.

Artikel 2

(1) Die Dauer der gemeinsamen Maßnahme beträgt ein Jahr ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des für die gegenwärtige gemeinsame Maßnahme erstellten Programms gemäß Artikel 1 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82.

(2) Die voraussichtlichen Kosten der gemeinsamen Maßnahme zu Lasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, belaufen sich auf 44,7 Millionen ECU.

Artikel 3

(1) Die Ausgaben der Republik Griechenland für die gemeinsame Maßnahme können vom Fonds bis zu der in Absatz 2 genannten Höhe erstattet werden.

(2) Der Fonds erstattet der griechischen Regierung ihre tatsächlichen Ausgaben wie folgt :

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 210 vom 6. 8. 1983, S. 4.

⁽²⁾ Stellungnahme vom 23. Februar 1984 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽³⁾ ABl. Nr. L 214 vom 22. 7. 1982, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 238 vom 24. 8. 1981, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 367 vom 31. 12. 1980, S. 87.

- a) 50 % für die Infrastrukturarbeiten ; dieser Betrag darf jedoch 40 % der Gesamtkosten der Investition nicht überschreiten, wobei sich der erstattungsfähige Höchstbetrag beläuft auf :
- 4,5 Millionen ECU für die Stromversorgung,
 - 16,8 Millionen ECU für die Trinkwasserversorgung,
 - 11,2 Millionen ECU für die Wirtschafts- und Verbindungswege ;
- b) 50 % für die übrigen Maßnahmen mit einem erstattungsfähigen Höchstbetrag von :
- 4 800 ECU je Hektar für die Bewässerungsarbeiten bei einer Gesamtbegrenzung auf 9 800 Hektar und 34,3 Millionen ECU ;
 - 2 300 ECU je Hektar für die Aufforstung bei einer Gesamtbegrenzung auf 3 400 Hektar und 6,5 Millionen ECU ;
 - 2 000 ECU je Hektar für die Verbesserung abgewirtschafteter Wälder bei einer Gesamtbegrenzung auf 2 800 Hektar und 4,6 Millionen ECU ;
 - 260 ECU je Hektar für die Wildbachverbauung bis zu einer geschützten Gesamtfläche von 28 000 Hektar und 6 Millionen ECU ;
- 150 ECU je Hektar für den Waldbrandschutz bis zu einer geschützten Gesamtfläche von 14 000 Hektar und 1,6 Million ECU ;
 - 18 000 ECU je Kilometer für Forstwege bis zu einer Höchstlänge von 700 Kilometer und 9,9 Millionen ECU ;
 - 5 % der Gesamtkosten des betreffenden Vorhabens im Rahmen des Artikels 14 der Verordnung Nr. 1975/82 für die Vorarbeiten für die sich auf Privatgrundstücke beziehenden Projekte, mit einer Gesamtbegrenzung auf 0,2 Million ECU.

Artikel 4

Die Artikel 2 bis 7, 14, 15, 17, Artikel 18 Absatz 3 und die Artikel 19, 20 und 21 der Verordnung (EWG) Nr. 1975/82 finden auf diese gemeinsame Maßnahme Anwendung.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 5. März 1984.

Im Namen des Rates

Der Präsident

M. ROCARD

VERORDNUNG (EWG) Nr. 620/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

**zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 2157/83⁽⁵⁾ und den später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung

in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorstehendem Gedankenstrich festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 8. März 1984 festgestellten Kurse.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 2157/83 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen Angebotspreise und Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1983, S. 47.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)		
Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Abschöpfungen
10.01 B I	Weichweizen und Mengkorn	100,73
10.01 B II	Hartweizen	139,67 ⁽¹⁾ ⁽⁵⁾
10.02	Roggen	93,72 ⁽⁶⁾
10.03	Gerste	82,38
10.04	Hafer	91,86
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	66,55 ⁽²⁾ ⁽³⁾
10.07 A	Buchweizen	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	13,85 ⁽⁴⁾
10.07 C	Sorghum	85,68 ⁽⁴⁾
10.07 D	Anderes Getreide	0 ⁽⁵⁾
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	155,99
11.01 B	Mehl von Roggen	146,14
11.02 A I a)	Grobgrieß und Feingrieß von Hartweizen	230,14
11.02 A I b)	Grobgrieß und Feingrieß von Weichweizen	166,29

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽²⁾ Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 435/80 werden keine Abschöpfungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

⁽⁵⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽⁶⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 621/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl
und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2158/83⁽⁵⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein

Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorstehendem Gedankenstrich festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 8. März 1984 festgestellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, wie im Anhang dieser Verordnung angegeben geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz hinzuzufügen sind, sind in den Anhängen festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1983, S. 50.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 3	1. Term. 4	2. Term. 5	3. Term. 6
10.01 B I	Weichweizen und Mengkorn	0	0	0	0
10.01 B II	Hartweizen	0	8,15	8,15	8,15
10.02	Roggen	0	0	0	0
10.03	Gerste	0	1,79	1,79	1,79
10.04	Hafer	0	0	0	0
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	0	6,68	6,68	6,68
10.07 A	Buchweizen	0	0	0	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0	0	0	0
10.07 C	Sorghum	0	0	0	0
10.07 D	Anderes Getreide	0	0	0	0
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 3	1. Term. 4	2. Term. 5	3. Term. 6	4. Term. 7
11.07 A I (a)	Malz aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A I (b)	Malz aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II (a)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	3,19	3,19	3,19	3,19
11.07 A II (b)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	2,38	2,38	2,38	2,38
11.07 B	Malz, geröstet	0	2,77	2,77	2,77	2,77

VERORDNUNG (EWG) Nr. 622/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

**zur Änderung der für die Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und
Rübsensamen sowie für Sonnenblumenkerne dienenden Elemente**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1413/82⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1223/83 des Rates vom 20. Mai 1983 über die in der Landwirtschaft anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1877/83⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaßnahmen für Raps- und Rübsensamen sowie für Sonnenblumenkerne⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2027/83⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 der Kommission vom 23. August 1973⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2937/83⁽⁸⁾, wurden die Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 festgelegt.

Nach Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 werden Termindifferenzbeträge festgelegt, wenn der Terminwechsellkurs für eine oder mehrere Gemeinschaftswährungen um mindestens einen festzulegenden Prozentsatz vom Kassawechsellkurs abweicht.

Die zur Berechnung der Differenzbeträge dienenden Elemente wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 2363/83⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 568/84⁽¹⁰⁾, festgesetzt.

Für den Zeitraum vom 29. Februar bis 6. März 1984

— weicht bei bestimmten Währungen der Unterschied gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 für den laufenden Monat um mehr als einen Punkt von dem der vorhergehenden Festsetzung zugrunde gelegten Prozentsatz ab ;

— übersteigt bei bestimmten Währungen der Unterschied gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 für bestimmte folgende Monate 2,5 %. Bei bestimmten Termindifferenzbeträgen weicht dieser Unterschied um mehr als einen Punkt von dem der vorhergehenden Festsetzung zugrunde gelegten Prozentsatz ab.

Diesen Angaben ist bei der Festsetzung der zur Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen sowie für Sonnenblumenkerne dienenden Elemente Rechnung zu tragen, soweit diese Elemente für den betreffenden Mitgliedstaat bereits angewendet werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2363/83 wird durch den Anhang dieser Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 12. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 132 vom 21. 5. 1983, S. 33.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 186 vom 9. 7. 1983, S. 24.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 199 vom 22. 7. 1983, S. 14.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 236 vom 24. 8. 1973, S. 28.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 288 vom 21. 10. 1983, S. 20.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 228 vom 20. 8. 1983, S. 5.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 62 vom 3. 3. 1984, S. 5.

	laufender Monat	1. Monat	2. Monat	3. Monat	4. Monat	5. Monat
7. In Irland zur Ölherstellung verarbeitete oder exportierte Raps- und Rübensamen und Sonnenblumenkerne						
Berichtigungselement des Richtpreises (anzuwendender Koeffizient)	—	—	—	—	—	—
Berichtigungselement der Beihilfe oder Erstattung (anzuwendender Koeffizient)	—	—	—	—	—	—
Berichtigungselement (auf den Richtpreis anzuwendender Koeffizient)						
Körner, geerntet in :						
— Deutschland	+ 0,1217	+ 0,1217	+ 0,1217	+ 0,1217	+ 0,1217	+ 0,1256
— den Niederlanden	+ 0,0728	+ 0,0728	+ 0,0728	+ 0,0728	+ 0,0728	+ 0,0850
— der BLWU	—	—	—	—	—	—
— Frankreich	— 0,0556	— 0,0556	— 0,0556	— 0,0556	— 0,0556	— 0,0556
— Dänemark	+ 0,0114	+ 0,0114	+ 0,0114	+ 0,0114	+ 0,0114	+ 0,0114
— Irland	—	—	—	—	—	—
— dem Vereinigten Königreich	+ 0,0780	+ 0,0780	+ 0,0780	+ 0,0780	+ 0,0780	+ 0,0780
— Italien	— 0,0292	— 0,0292	— 0,0292	— 0,0292	— 0,0292	— 0,0305
— Griechenland	— 0,1080	— 0,1080	— 0,1080	— 0,1080	— 0,1080	— 0,1080
8. In Italien zur Ölherstellung verarbeitete oder exportierte Raps- und Rübensamen und Sonnenblumenkerne						
Berichtigungselement des Richtpreises (anzuwendender Koeffizient)	— 0,0301	— 0,0301	— 0,0301	— 0,0301	— 0,0301	— 0,0478
Berichtigungselement der Beihilfe oder Erstattung (anzuwendender Koeffizient)	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0478
Berichtigungselement (auf den Richtpreis anzuwendender Koeffizient)						
Körner, geerntet in :						
— Deutschland	+ 0,1554	+ 0,1554	+ 0,1554	+ 0,1616	+ 0,1616	+ 0,1931
— den Niederlanden	+ 0,1051	+ 0,1051	+ 0,1051	+ 0,1094	+ 0,1094	+ 0,1409
— der BLWU	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0360
— Frankreich	— 0,0272	— 0,0272	— 0,0272	— 0,0272	— 0,0272	— 0,0272
— Dänemark	+ 0,0419	+ 0,0419	+ 0,0419	+ 0,0419	+ 0,0419	+ 0,0524
— Irland	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0301	+ 0,0306
— dem Vereinigten Königreich	+ 0,1104	+ 0,1104	+ 0,1104	+ 0,1104	+ 0,1104	+ 0,1265
— Italien	—	—	—	—	—	—
— Griechenland	— 0,0812	— 0,0812	— 0,0812	— 0,0812	— 0,0812	— 0,0635
9. In Griechenland zur Ölherstellung verarbeitete oder exportierte Raps- und Rübensamen und Sonnenblumenkerne						
Berichtigungselement des Richtpreises (anzuwendender Koeffizient)	— 0,1211	— 0,1211	— 0,1211	— 0,1211	— 0,1211	— 0,1211
Berichtigungselement der Beihilfe oder Erstattung (anzuwendender Koeffizient)	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211
Berichtigungselement (auf den Richtpreis anzuwendender Koeffizient)						
Körner, geerntet in :						
— Deutschland	+ 0,2575	+ 0,2575	+ 0,2575	+ 0,2575	+ 0,2575	+ 0,2575
— den Niederlanden	+ 0,2027	+ 0,2027	+ 0,2027	+ 0,2027	+ 0,2027	+ 0,2027
— der BLWU	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211
— Frankreich	+ 0,0587	+ 0,0587	+ 0,0587	+ 0,0587	+ 0,0587	+ 0,0565
— Dänemark	+ 0,1339	+ 0,1339	+ 0,1339	+ 0,1339	+ 0,1339	+ 0,1339
— Irland	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211	+ 0,1211
— dem Vereinigten Königreich	+ 0,2085	+ 0,2085	+ 0,2085	+ 0,2085	+ 0,2085	+ 0,2085
— Italien	+ 0,0883	+ 0,0883	+ 0,0883	+ 0,0883	+ 0,0883	+ 0,0723
— Griechenland	—	—	—	—	—	—

VERORDNUNG (EWG) Nr. 623/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1413/82⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaßnahmen für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1986/82⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 der Kommission vom 23. August 1973 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für die Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne unter Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1464/73⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2937/83⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 muß die Kommission den Weltmarktpreis für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne festsetzen.

Der Weltmarktpreis wird nach den in der Verordnung (EWG) Nr. 2866/83 der Kommission vom 13. Oktober

1983 zur Festsetzung des Betrages der Beihilfe für Ölsaaten⁽⁷⁾, zusammengestellten Regeln und Kriterien festgesetzt.

Um ein normales Funktionieren der Regelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung des Weltmarktpreises zugrunde zu legen :

- für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v.H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorstehendem Gedankenstrich festgestellt wird.

Aus der Anwendung aller dieser Bestimmungen ergibt sich, daß der Weltmarktpreis für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben festzusetzen ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der in Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 genannte Weltmarktpreis ist im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 12. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSAER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 215 vom 23. 7. 1982, S. 10.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 236 vom 24. 8. 1973, S. 28.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 288 vom 21. 10. 1983, S. 20.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 282 vom 14. 10. 1983, S. 33.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. März 1984 zur Festsetzung des Weltmarktpreises
für Raps- und Rübensamen und Sonnenblumenkerne(in ECU/100 kg)⁽¹⁾

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Weltmarktpreis
ex 12.01	Raps- und Rübensamen	41,931
ex 12.01	Sonnenblumenkerne	40,999

(in ECU/100 kg)⁽¹⁾

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Weltmarktpreis im Falle der Festsetzung der Beihilfe im voraus für die Monate					
		März 1984	April 1984	Mai 1984	Juni 1984	Juli 1984	August 1984
ex 12.01	Raps- und Rübensamen	41,931	41,176	41,176	41,408	41,873	41,873
ex 12.01	Sonnenblumenkerne	40,999	40,455	39,343	39,663	39,895	—

⁽¹⁾ Die in Artikel 9 Absatz 5 unter a) der Verordnung (EWG) Nr. 2300/73 genannten Umrechnungskurse der ECU in nationaler Währung sind folgende :

1 ECU =	2,24184	DM
1 ECU =	2,52595	hfl
1 ECU =	44,9008	bfrs/lfrs
1 ECU =	6,87456	ffrs
1 ECU =	8,14104	dkr
1 ECU =	0,725690	Ir£
1 ECU =	0,573911	£Stg.
1 ECU =	1 381,39	Lit
1 ECU =	86,6041	Dr

VERORDNUNG (EWG) Nr. 624/84 DER KOMMISSION

vom 8. März 1984

über Lieferungen von Weichweizenmehl an Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2750/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Kriterien für die Bereitstellung von Getreide für die Nahrungsmittelhilfe⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3331/82⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1992/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3331/82 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung im Jahr 1983⁽⁵⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates vom 23. Oktober 1962 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁷⁾, insbesondere auf Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Am 29. Juli 1983 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, im Rahmen

gemeinsamer Maßnahmen verschiedene Getreidemengen an Drittländer und gemeinnützige Organisationen zu liefern.

Die Durchführung dieser Maßnahme ist gemäß den Regeln der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 der Kommission vom 22. Juli 1980 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für bestimmte Nahrungsmittelhilfeaktionen auf dem Getreide- und Reissektor⁽⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3323/81⁽⁹⁾, vorzusehen. Es ist erforderlich, für die geplante gemeinschaftliche Maßnahme die Merkmale der zu liefernden Erzeugnisse sowie die Lieferbedingungen genau vorzuschreiben.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in den Anhängen genannten Interventionsstellen sind gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 und den in den Anhängen aufgeführten Bedingungen mit der Durchführung der Bereitstellungs- und Lieferverfahren beauftragt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSAER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 89.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 352 vom 14. 12. 1982, S. 1.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 196 vom 20. 7. 1983, S. 1.
⁽⁶⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.
⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 192 vom 26. 7. 1980, S. 11.
⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 334 vom 21. 11. 1981, S. 27.

ANHANG Ia

1. **Programm** : 1983
2. **Empfänger** : NRO
3. **Bestimmungsort oder -land** : Guatemala, Nicaragua, Zaire, Mosambik, Tansania, Algerien
4. **Bereitzustellendes Erzeugnis** : Weichweizenmehl
5. **Gesamtmenge** : 1 581 Tonnen (2 166 Tonnen Getreide)
6. **Anzahl Partien** : 1 (in 2 Teilmengen : A. 1 482 Tonnen — B. 99 Tonnen)
7. **Mit dem Verfahren beauftragte Interventionsstelle** :
VIB, Burgemeester Kessenplein 3, NL-6431 KM Hoensbroek (Telex 56 396)
8. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses** : Intervention
9. **Merkmale der Ware** :
 - Mehl von gesunder und handelsüblicher Qualität, von gesundem Geruch und frei von Schädlingen
 - Feuchtigkeitsgehalt : höchstens 14 v. H.
 - Proteingehalt : mindestens 10,5 v. H. (N × 6,25, bezogen auf die Trockenmasse)
 - Aschegehalt : höchstens 0,62 v. H., bezogen auf die Trockenmasse
10. **Aufmachung** :
 - in Säcken⁽¹⁾
 - Qualität der Säcke : synthetisch, gewebt
 - Eigengewicht der Säcke : 50 kg
 - Beschriftung der Säcke mit Buchstaben von mindestens 3 cm Höhe :
 - A. 100 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN GUATEMALA / CATHWEL / 90150 / ST. THOMAS DE CASTILLA”
 - A. 141 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN NICARAGUA / DWH / 92810 / CORINTO”
 - A. 219 Tonnen :
„FARINE DE FROMENT / DON DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE / POUR DISTRIBUTION GRATUITE EN ZAÏRE / 90217 / CARITAS / KINSHASA, VIA MATADI”
 - A. 185 Tonnen :
„FARINHA DE TRIGO / DOM DA COMUNIDADE ECONÓMICA EUROPEIA / DISTRIBUIÇÃO GRATUITA EN MOZAMBIQUE / 90455 / CARITAS / MAPUTO”
 - A. 180 Tonnen :
„FARINHA DE TRIGO / DOM DA COMUNIDADE ECONÓMICA EUROPEIA / DISTRIBUIÇÃO GRATUITA EN MOZAMBIQUE / 90456 / CARITAS / BEIRA”
 - A. 365 Tonnen :
„WHEAT FLOUR / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY / FOR FREE DISTRIBUTION IN TANZANIA / 90327 / CARITAS / DAR ES SALAAM”
 - A. 292 Tonnen :
„FARINE DE FROMENT / DON DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE / POUR DISTRIBUTION GRATUITE EN ALGÉRIE / 90717 / WCC / ALGER”
 - B. 99 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN GUATEMALA / CATHWEL / 90155 / ST. THOMAS DE CASTILLA”

⁽¹⁾ Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.

11. Ladehafen :

Jeder Hochseeschiffen zugängliche Hafen der Gemeinschaft, der während der unter Punkt 16 vorgesehenen Verschiffsungsfrist eine Verbindung mit dem Bestimmungsland hat.

Dem Angebot muß eine Erklärung der Hafenbehörden beigelegt sein, in der das Bestehen der Verbindung während der genannten Frist bescheinigt wird.

12. Lieferungsstufe : fob**13. Löschhafen : —****14. Verfahren zur Feststellung der Lieferungskosten : Ausschreibung****15. Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote : 20. März 1984 um 12 Uhr****16. Verladefrist :**

— Teilmenge A : 15. April bis 15. Mai 1984

— Teilmenge B : 1. bis 30. Juni 1984

17. Kautio : 12 ECU/Tonne**18. Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgende Dokumente :**

— Ursprungszeugnis

— Pflanzengesundheitliches Zeugnis

— Rechnung pro-forma

Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an :

M.H. Schutz B.V., Postbus 1438, Blaak 16, NL-3000 BK Rotterdam.

BILAG Ib — ANHANG Ib — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ Ib — ANNEX Ib — ANNEXE Ib — ALLEGATO Ib — BIJLAGE Ib

Partiets nummer Nummer der Partie Αριθμός παρτίδων Number of lot Numéro du lot Numero della partita Nummer van de partij	Mængde (t) Menge (t) Τόνοι Tonnage Tonnage Tonnellaggio Hoeveelheid (t)	Lagerindehaverens navn og adresse Name und Adresse des Lagerhalters Όνομα και διεύθυνση εναποθηκευτού Address of store Nom et adresse du stockeur Nome e indirizzo del detentore Naam en adres van de deponhouder	Lagerplads Ort der Lagerhaltung Τόπος αποθηκεύσεως Town at which stored Lieu de stockage Luogo di accantonamento Adres van de opslagplaats
1	2 166	W. J. Pars BV, Molenvliet 1, NL-Klundert	NL-Klundert

ANHANG IIa

1. **Programm** : 1983
2. **Empfänger** : NRO (Caritas Germanica)
3. **Bestimmungsort oder -land** : Chile
4. **Bereitzustellendes Erzeugnis** : Weichweizenmehl
5. **Gesamtmenge** : 7 300 Tonnen (10 000 Tonnen Getreide)
6. **Anzahl Partien** : 1 (in 2 Teilmengen : A. 3 480 Tonnen — B. 3 820 Tonnen)
7. **Mit dem Verfahren beauftragte Interventionsstelle** :
Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM), Adickesallee 40, D-6000 Frankfurt am Main, Telex 411 475
8. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses** : Intervention
9. **Merkmale der Ware** :
 - Mehl von gesunder und handelsüblicher Qualität, von gesundem Geruch und frei von Schädlingen
 - Feuchtigkeitsgehalt : höchstens 14 v. H.
 - Proteingehalt : mindestens 10,5 v. H. (N × 6,25, bezogen auf die Trockenmasse)
 - Aschegehalt : höchstens 0,62 v. H., bezogen auf die Trockenmasse
10. **Aufmachung** :
 - in Säcken⁽¹⁾
 - Qualität der Säcke : synthetisch, gewebt
 - Eigengewicht der Säcke : 50 kg
 - Beschriftung der Säcke mit Buchstaben von mindestens 3 cm Höhe :
 - A. 3 480 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN CHILE / CARITAS / 90445 / VALPARAISO”
 - B. 2 940 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN CHILE / CARITAS / 90443 / TALCAHUANO”
 - B. 460 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN CHILE / CARITAS / 90442 / ANTO FAGASTA”
 - B. 420 Tonnen :
„HARINA DE TRIGO / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / DESTINADO A LA DISTRIBUCIÓN GRATUITA EN CHILE / CARITAS / 90444 / COQUIMBO”
11. **Ladehafen** :

Jeder Hochseeschiffen zugängliche Hafen der Gemeinschaft, der während der unter Punkt 16 vorgesehenen Verschiffungsfrist eine Verbindung mit dem Bestimmungsland hat.

Dem Angebot muß eine Erklärung der Hafenbehörden beigelegt sein, in der das Bestehen der Verbindung während der genannten Frist bescheinigt wird.

⁽¹⁾ Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.

12. **Lieferungsstufe** : fob
 13. **Löschhafen** : —
 14. **Verfahren zur Feststellung der Lieferungskosten** : Ausschreibung
 15. **Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote** : 20. März 1984 um 12 Uhr
 16. **Verladefrist** : 15. April bis 15. Mai 1984
 17. **Kautions** : 12 ECU/Tonne
 18. Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgende Dokumente :
 - Ursprungszeugnis
 - Pflanzengesundheitliches Zeugnis
 - Rechnung pro-forma
-

BILAG IIb — ANHANG IIb — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ IIb — ANNEX IIb — ANNEXE IIb — ALLEGATO IIb — BIJLAGE IIb

Partiets nummer Nummer der Partie Αριθμός παρτίδων Number of lot Numéro du lot Numero della partita Nummer van de partij	Mængde (t) Menge (t) Τόνοι Tonnage Tonnage Tonnellaggio Hoeveelheid (t)	Lagerindehaverens navn og adresse Name und Adresse des Lagerhalters Όνομα και διεύθυνση εναποθηκευτού Address of store Nom et adresse du stockeur Nome e indirizzo del detentore Naam en adres van de deponhouder	Lagerplads Ort der Lagerhaltung Τόπος αποθηκεύσεως Town at which stored Lieu de stockage Luogo di accantonamento Adres van de opslagplaats
1	5 000.	Westfälische Centralgenossenschaft EG Postfach 6149 4400 Münster	Münster Alberloher Weg 14 Lager Nr. 356 203
2	5 000	Westfälische Centralgenossenschaft EG Postfach 6149 4400 Münster	Dortmund Speicherstraße 14-20 Lager Nr. 356 202

VERORDNUNG (EWG) Nr. 625/84 DER KOMMISSION

vom 8. März 1984

über die Lieferung von Weichweizenmehl an Somalia im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2750/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Kriterien für die Bereitstellung von Getreide für die Nahrungsmittelhilfe⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3331/82⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1992/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3331/82 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung im Jahr 1983⁽⁵⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates vom 23. Oktober 1962 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁷⁾, insbesondere auf Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Am 29. Juli 1983 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, im Rahmen

gemeinsamer Maßnahmen verschiedene Getreidemengen an Drittländer und gemeinnützige Organisationen zu liefern.

Die Durchführung dieser Maßnahme ist gemäß den Regeln der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 der Kommission vom 22. Juli 1980 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für bestimmte Nahrungsmittelhilfeaktionen auf dem Getreide- und Reissektor⁽⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3323/81⁽⁹⁾, vorzusehen. Es ist erforderlich, für die geplante gemeinschaftliche Maßnahme die Merkmale der zu liefernden Erzeugnisse sowie die Lieferbedingungen genau vorzuschreiben.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die im Anhang I genannte Interventionsstelle ist gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 und den im Anhang I aufgeführten Bedingungen mit der Durchführung der Bereitstellungs- und Lieferverfahren beauftragt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 89.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 352 vom 14. 12. 1982, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 196 vom 20. 7. 1983, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 192 vom 26. 7. 1980, S. 11.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 334 vom 21. 11. 1981, S. 27.

ANHANG I

1. **Programm** : 1983
2. **Empfänger** : Somalia
3. **Bestimmungsort oder -land** : Somalia
4. **Bereitzustellendes Erzeugnis** : Weichweizenmehl
5. **Gesamtmenge** : 9 490 Tonnen (13 000 Tonnen Getreide)
6. **Anzahl Partien** : 1
7. **Mit dem Verfahren beauftragte Interventionsstelle** :
Office national interprofessionnel des céréales (ONIC), 21, avenue Bosquet, F-Paris 7^e (Telex 270 807)
8. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses** : Intervention
9. **Merkmale der Ware** :
 - Mehl von gesunder und handelsüblicher Qualität, von gesundem Geruch und frei von Schädlingen
 - Feuchtigkeitsgehalt : höchstens 14 v. H.
 - Proteingehalt : mindestens 10,5 v. H. (N × 6,25, bezogen auf die Trockenmasse)
 - Aschegehalt : höchstens 0,62 v. H., bezogen auf die Trockenmasse
10. **Aufmachung** :
 - in neuen Säcken
 - Qualität der Säcke : neue Jutesäcke 600 g gefüttert mit Baumwollsäcken
 - Eigengewicht der Säcke : 50 kg
 - Beschriftung der Säcke mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe :
„WHEAT FLOUR / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY TO SOMALIA“
11. **Ladehafen** : ein Hafen der Gemeinschaft
12. **Lieferungsstufe** : cif
13. **Löschhafen** : Mogadischu
14. **Verfahren zur Feststellung der Lieferungskosten** : Ausschreibung
15. **Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote** : 21. März 1984 um 12 Uhr
16. **Verladedfrist** : 15. April bis 15. Mai 1984
17. **Kautions** : 12 ECU/Tonne

Vermerke :

1. Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.
 2. Der Zuschlagsempfänger schickt eine Durchschrift der Versandunterlagen an folgende Anschrift :
„Delegation der Kommission in Somalia c/o Dienststelle ‚Diplomatenpost‘, Berlaymont 1/123, 200, rue de la Loi, B-1049 Brüssel.“
-

BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II — ANNEX II — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II

Partiets nummer Nummer der Partie Αριθμός παρτίδων Number of lot Numéro du lot Numero della partita Nummer van de partij	Mængde (t) Menge (t) Τόνοι Tonnage Tonnage Tonnellaggio Hoeveelheid (t)	Lagerindehaverens navn og adresse Name und Adresse des Lagerhalters Όνομα και διεύθυνση εναποθηκευτού Address of store Nom et adresse du stockeur Nome e indirizzo del detentore Naam en adres van de depothouder	Lagerplads Ort der Lagerhaltung Τόπος αποθηκεύσεως Town at which stored Lieu de stockage Luogo di accantonamento Adres van de opslagplaats
1	1 000	CAV 4, rue Félix Pyat 18400 Saint-Florent-sur-Cher	Saint-Florent (18) Silo du Breuil
	2 000	CAV 4, rue Félix Pyat 18400 Saint-Florent-sur-Cher	Saint-Florent (18) Silo du Breuil
	650	Établissements Martignon 18260 Vailly-sur-Sauldre	Silo du Blancafort (18) Blancafort
	3 200	SCA Charost avenue du 8 Mai 18290 Charost	Charost (18)
	1 000	Bionnet 3, avenue Charles de Gaulle boîte postale 127 36100 Issoudun	Sica Issoudun (36)
	2 300	Établissements Petit 264, rue du 3 ^e RAC 36000 Chateauroux	Chateauroux (36)
	1 400	Agri Indre 33, rue de la Gare 36002 Chateauroux Cedex	Montierchaume (36)
	1 450	EFPEI 1, boulevard des Marins 36006 Chateauroux Cedex	Dun le Poelier (36)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 626/84 DER KOMMISSION

vom 8. März 1984

über die Durchführung einer neuen Ausschreibung über die Lieferung von Weichweizenmehl als Nahrungsmittelhilfe für Swasiland

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2750/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Kriterien für die Bereitstellung von Getreide für die Nahrungsmittelhilfe⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3331/82⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1992/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3331/82 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung im Jahr 1983⁽⁵⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates vom 23. Oktober 1962 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Wechselkurse⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁷⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Am 29. Juli 1983 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion 4 000 Tonnen Getreide für Swasiland als Teil des Nahrungsmittelhilfeprogramms 1983 bereitzustellen.

Die Lieferung von Hartweizen im Rahmen einer in der Gemeinschaft durchgeführten Ausschreibung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 342/84 der Kommission vom 9. Februar 1984 über die Lieferung von Weichweizenmehl an Swasiland im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe⁽⁸⁾ hat nicht durchgeführt werden können. Es ist deshalb eine neue Ausschreibung vorzusehen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 89.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 352 vom 14. 12. 1982, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 196 vom 20. 7. 1983, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 39 vom 10. 2. 1984, S. 13.

Aufgrund von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2750/75 können Interventionserzeugnisse verwendet werden.

Es ist eine Ausschreibung vorzusehen, die sich mit Rücksicht auf die endgültige Verwendung, die der gelieferten Ware gegeben werden soll, auf die Lieferung bis an den Bestimmungsort bezieht.

Es ist zweckmäßig, die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 der Kommission vom 22. Juli 1980 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für bestimmte Nahrungsmittelhilfeaktionen auf dem Getreide- und Reissektor⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3323/81⁽¹⁰⁾, so weit wie möglich anzuwenden. Dies gilt vor allem für die Form der Angebote und die Stellung der Kautionsempfangers gewährleistet werden soll.

Für die Lieferung am Bestimmungsort bedarf es jedoch spezifischer Vorschriften. So sollte der Zuschlagsempfänger sämtliche Risiken tragen, die bis zum Löschen der Ware am festgesetzten Bestimmungsort mit dieser Ware verbunden sind.

Dieser darf jedoch nur gegen Vorlage bestimmter Nachweise für die Lieferung an den Bestimmungsort bezahlt werden.

Für Folgen höherer Gewalt, die die fristgemäße Durchführung der betreffenden Arbeiten verhindert haben, sollte festgelegt werden, wer die sich eventuell aus dieser Lage ergebenden Kosten trägt.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die im Anhang I genannte Interventionsstelle wird beauftragt, das Verfahren zur Bereitstellung und Lieferung des im Anhang I genannten Erzeugnisses im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe nach Maßgabe dieser Verordnung durchzuführen.

(2) Die Auftragsvergabe erfolgt im Wege der Ausschreibung.

(3) Der Anhang I gilt als Bekanntmachung der Ausschreibung. Die betreffende Interventionsstelle kann erforderlichenfalls ergänzende Veröffentlichungen veranlassen.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 192 vom 26. 7. 1980, S. 11.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 334 vom 21. 11. 1981, S. 27.

Artikel 2

(1) Für die Durchführung der Ausschreibung gelten vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieser Verordnung die Artikel 4, 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80.

(2) Das Angebot des Bieters enthält die Kosten der Begasung, des Löschens der Ladung sowie der Einlagerung an dem im Anhang I bezeichneten Bestimmungsort.

In dem Angebot wird der Betrag der Kosten für den See- und Landtransport bis zum endgültigen Bestimmungsort getrennt angegeben.

Das Angebot enthält die Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Bieter sich verpflichtet, die Zollausfuhrformlichkeiten zu erfüllen, falls er den Zuschlag erhält.

(3) Der Bieter hat die Verpflichtungen gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung sowie die Verpflichtungen nach Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 zu erfüllen.

(4) Der Bieter verpflichtet sich, den Schiffstransport auf Schiffen durchzuführen, die der höchsten Kategorie der anerkannten Klassifizierungsverzeichnisse angehören, höchstens 15 Jahre in Betrieb sind und für die ein Gesundheitsattest einer zuständigen Behörde vorliegt.

Artikel 3

(1) Der Zuschlagsempfänger schließt die für die Beförderung der Ware zu dem bezeichneten Endbestimmungsort erforderlichen Verträge ab; er trägt alle damit verbundenen Kosten und die Kosten des Löschens und der Einlagerung am Endbestimmungsort. Er schließt auch die zweckdienlichen Versicherungen ab.

(2) Der Zuschlagsempfänger übernimmt sämtliche Risiken zu Lasten der Ware, insbesondere betreffend Verlust oder Beschädigung, bis die Ware tatsächlich am Endbestimmungsort abgeladen und geliefert worden ist.

(3) Der Zuschlagsempfänger teilt dem Vertreter des Empfängers umgehend das Ladedatum, die für die Beförderung der Ware zum Endbestimmungsort verwendeten Transportmittel und das voraussichtliche Datum ihrer Ankunft an diesem Ort mit. Dasselbe teilt er auch der mit der Zahlung beauftragten Interventionsstelle mit, die diese Angaben unverzüglich an die Kommission weiterleitet.

Der Zuschlagsempfänger unterrichtet den Vertreter des Empfängers spätestens drei Tage zuvor über das voraussichtliche Datum der Ankunft der Ware an ihrem Endbestimmungsort.

Artikel 4

(1) Die Interventionsstelle des Verschiffungslandes läßt im Verschiffungshafen vor der Verladung eine Kontrolle der Menge, Qualität und Verpackung der Ware vornehmen. Aufgrund dieser Kontrolle stellt die Interventionsstelle eine Bescheinigung aus. Die damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten des Zuschlagsempfängers.

Der Zuschlagsempfänger bringt der Interventionsstelle eine Bescheinigung über die Ausführung der Begasung bei, die von der ausführenden Firma ausgestellt ist.

(2) Die Entnahme von Proben für die Analysen und die Kontrolle erfolgen nach den Branchenvorschriften des Verschiffungslandes. Der Zuschlagsempfänger und der Vertreter des Empfängers werden eingeladen, der Probeentnahme beizuwohnen.

Die Interventionsstelle bewahrt zwei versiegelte Proben auf, bis sie vom Zuschlagsempfänger die Übernahmebescheinigung oder den in Artikel 5 Absatz 2 genannten Lieferungsnachweis erhält.

(3) Wenn die Kontrolle nach Absatz 1 zum Gegenstand eines Streites wird, beauftragt die Interventionsstelle eine andere als die in Absatz 1 genannte Firma mit der Durchführung einer weiteren Kontrolle, deren Ergebnis endgültig ist. Die mit der weiteren Kontrolle verbundenen Kosten gehen zu Lasten der unterlegenen Partei.

(4) Fällt die in den vorstehenden Absätzen genannte Kontrolle negativ aus, so muß die Ware zurückgewiesen und ersetzt werden. Bei Fehlmengen muß der Zuschlagsempfänger die Ladung vervollständigen.

Artikel 5

(1) Unmittelbar nach dem Entladen an dem Endbestimmungsort stellt der Empfänger eine Bescheinigung über die Warenübernahme aus. Darin sind der Ort und das Datum der Übernahme angegeben. Sie enthält eine Beschreibung der Ware nach dem in Anhang II enthaltenen Muster und gegebenenfalls Bemerkungen des Empfängers.

(2) Stellt der Empfänger aus Gründen außerhalb eines Streites um die Ware keine Übernahmebescheinigung aus, so kann der Lieferungsnachweis auch in Form einer Bescheinigung nach dem in Anhang II enthaltenen Muster, die mit dem Sichtvermerk der Außenstelle der Gemeinschaft im Bestimmungsland versehen sein muß, erbracht werden.

Artikel 6

(1) Die Zahlung an den Zuschlagsempfänger erfolgt durch die Interventionsstelle des Mitgliedstaats, in dessen Besitz sich die Interventionserzeugnisse befanden.

(2) Gezahlt wird der Angebotsbetrag, der gegebenenfalls um die in Artikel 8 genannten Kosten erhöht wird. Die Zahlung erfolgt in der Währung des Mitgliedstaats, der mit der Zahlung beauftragt wird. Zu diesem Zweck wird

- der Umrechnungskurs angewandt, der sich aus dem Leitkurs der betreffenden Währungen ergibt, falls diese in einem Höchstabstand von 2,25 v. H. zueinanderstehen,
- in den anderen Fällen das Verhältnis zwischen den beiden betreffenden Währungen mit Hilfe der letzten Feststellung ihrer Kassawechselkurse hergestellt, die dem letzten Tag für die Einreichung der Angebote unmittelbar vorangeht und im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Teil C, veröffentlicht wurde.

(3) Der in Absatz 2 genannte Betrag wird dem Zuschlagsempfänger nur gegen Vorlage des Originals der Übernahmebescheinigung oder der beglaubigten Abschrift oder gegebenenfalls des in Artikel 5 Absatz 2 genannten Lieferungsnaachweises gezahlt.

(4) Die Interventionsstelle wird ermächtigt, dem Zuschlagsempfänger umgehend eine Abschlagszahlung von 80 v. H. auf den Wert der im Konnossement aufgeführten Mengen zu zahlen. Zu diesem Zweck muß letzterer eine Durchschrift des Konnossements, der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Bescheinigung und des Begasungsnachweises vorlegen, und eine Kautions stellen, die gleich dem Betrag der Abschlagszahlung ist.

Diese Kautions ist nach Maßgabe von Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 zu stellen.

Artikel 7

(1) Die in Artikel 2 genannte Kautions wird freigegeben :

- für jeden Bieter, dessen Angebot nicht berücksichtigt oder nicht angenommen wurde,
- für den Zuschlagsempfänger hinsichtlich der infolge höherer Gewalt nicht gelieferten Menge,
- für den Zuschlagsempfänger für die nach Maßgabe dieser Verordnung gelieferten Mengen und gegen Vorlage des Originals der Übernahmebescheinigung oder einer beglaubigten Abschrift oder gege-

benenfalls der in Artikel 5 Absatz 2 genannten Bescheinigung.

(2) Die in Artikel 6 Absatz 4 vorgesehene Kautions wird unverzüglich freigegeben, wenn der Zuschlagsempfänger gemäß Artikel 5 den Nachweis erbringt, daß mindestens 80 % der vorgesehenen Mengen nach den Bedingungen dieser Verordnung geliefert worden sind.

Artikel 8

Sind dem Zuschlagsempfänger für die Lieferung, die er nach dieser Verordnung getätigt hat, ungewöhnliche Kosten entstanden, die nicht durch eine Versicherung abgedeckt werden konnten, so kann ihm eine Entschädigung gewährt werden, wenn er die entsprechenden Belege beibringt und die Kommission ihre Zustimmung erteilt.

Artikel 9

Der Zuschlagsempfänger trägt — ausgenommen in Fällen höherer Gewalt — alle etwaigen finanziellen Folgen, die sich ergeben, wenn er seinen Lieferauftrag nicht nach den Bedingungen dieser Verordnung erfüllt, obwohl der Empfänger das Seine getan hat, um die Lieferung nach diesen Bedingungen zu ermöglichen. Die mit einer Nichtlieferung der Ware infolge höherer Gewalt verbundenen Kosten werden von der mit der Zahlung beauftragten Interventionsstelle getragen.

Artikel 10

Artikel 21 und Artikel 22 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1974/80 finden im Rahmen der vorliegenden Verordnung Anwendung.

Die mit der Zahlung beauftragte Interventionsstelle übermittelt der Kommission unverzüglich die in Artikel 3 Absatz 3 genannten Informationen.

Die Interventionsstelle des Verschiffungslandes übermittelt der Kommission unverzüglich die Ergebnisse der Kontrolle nach Artikel 4.

Artikel 11

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSAER

Mitglied der Kommission

ANHANG I

1. **Programm** : 1983
2. **Empfänger** : Swaziland
3. **Bestimmungsort oder -land** : Swaziland (Mbabane, Matsapha)
4. **Bereitzustellendes Erzeugnis** : Weichweizenmehl
5. **Gesamtmenge** : 2 920 Tonnen (4 000 Tonnen Getreide)
6. **Anzahl Partien** : 1, in 3 Teilmengen :
 - A. 920 Tonnen (550 Tonnen Mbabane — 370 Tonnen Matsapha)
 - B. 1 000 Tonnen (600 Tonnen Mbabane — 400 Tonnen Matsapha)
 - C. 1 000 Tonnen (600 Tonnen Mbabane — 400 Tonnen Matsapha)
7. **Mit dem Verfahren beauftragte Interventionsstelle** :

Office national interprofessionnel des céréales (ONIC), 21, avenue Bosquet, F-Paris 7^e (telex OFIBLE 270807 F)
8. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses** : Intervention
9. **Merkmale der Ware** :
 - Mehl von gesunder und handelsüblicher Qualität, von gesundem Geruch und frei von Schädlingen
 - Feuchtigkeitsgehalt : höchstens 14 v. H.
 - Proteingehalt : mindestens 10,5 v. H. (N × 6,25, bezogen auf die Trockenmasse)
 - Aschegehalt : höchstens 0,62 v. H., bezogen auf die Trockenmasse
10. **Aufmachung** :
 - in neuen Säcken⁽¹⁾ (doppel genäht, in Containern von 20 Fuß)
 - Jutesäcke mit einem Gewicht von mindestens 600 g oder
 - Säcke aus einer Mischung von Jute und Polypropylen mit einem Gewicht von mindestens 335 g
 - Eigengewicht der Säcke : 50 kg
 - Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe) :
„WHEAT FLOUR / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY“
11. **Ladehafen** : ein Hafen der Gemeinschaft
12. **Lieferungsstufe** : frei Bestimmungsort
Lager der Swaziland United Bakeries, Matsapha und Mbabane via Durban
13. **Verfahren zur Feststellung der Lieferungskosten** : Ausschreibung
14. **Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote** : 20. März 1984 um 12.00 Uhr
15. **Verladedfrist** :
 - A. 10. bis 30. April 1984 (550 Tonnen Mbabane — 370 Tonnen Matsapha)
 - B. 1. bis 30. Juni 1984 (600 Tonnen Mbabane — 400 Tonnen Matsapha)
 - C. 1. bis 31. August 1984 (600 Tonnen Mbabane — 400 Tonnen Matsapha)
16. **Kaution** : 12 ECU/Tonne

⁽¹⁾ Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.

ANHANG II

ÜBERNAHMEBESCHEINIGUNG

Empfänger :

Der Unterzeichnete :
(Name — Vorname — Firmenbezeichnung)

handelnd im Namen von :

bescheinigt, daß er folgende, nachstehend aufgeführte Waren übernommen hat :

Getreide oder Getreideerzeugnisse :

— übernommenes Eigengewicht in Tonnen :

— Aufmachung :

— lose :

— in Säcken :

— Anzahl der Säcke :mit einem Einzelgewicht vonkg Eigengewicht

— mit der Aufschrift :

— Anzahl der leeren Säcke mit Aufschrift :

— Übernahmeort :

— Übernahmedatum :

Die Qualität der gelieferten Waren stimmt mit der in der Ausschreibung festgelegten Qualität überein.

BILAG III — ANHANG III — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙΙ — ANNEX III — ANNEXE III — ALLEGATO III — BIJLAGE III

Partiets nummer Nummer der Partie Αριθμός παρτίδων Number of lot Numéro du lot Numero della partita Nummer van de partij	Mængde (t) Menge (t) Τόνοι Tonnage Tonnage Tonnellaggio Hoeveelheid (t)	Lagerindehaverens navn og adresse Name und Adresse des Lagerhalters Όνομα και διεύθυνση εναποθηκευτού Address of store Nom et adresse du stockeur Nome e indirizzo del detentore Naam en adres van de deponhouder	Lagerplads Ort der Lagerhaltung Τόπος αποθηκεύσεως Town at which stored Lieu de stockage Luogo di accantonamento Adres van de opslagplaats
1	4 000	UCAP boîte postale 47 36, rue de Noyon F-80500 Montdidier	F-80465 Languevoisin

VERORDNUNG (EWG) Nr. 627/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1928/83 betreffend die letzte Frist für die Gewährung der Beihilfen an die Kleinerzeuger von MilchDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über die Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1209/83⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2a dritter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 1 Absatz 3 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 1928/83 der Kommission⁽³⁾ sieht vor, daß die Aufteilung der Beträge auf die Kleinerzeuger von Milch vor dem 1. April 1984 vorgenommen werden muß. Wegen der Verzögerung bei der Annahme der für die Aufteilung der Beihilfen erwogenen einzelstaatlichen Vorschriften stoßen bestimmte Mitgliedstaaten auf Schwierigkeiten, die für

die Aufteilung der Beihilfen vorgesehene letzte Frist einzuhalten. Folglich erscheint es angezeigt, dieses Datum zu verschieben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Das in Artikel 1 Absatz 3 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 1928/83 aufgeführte Datum des „1. April 1984“ wird durch den „1. Juli 1984“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie ist ab 1. April 1984 anwendbar.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSAGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 132 vom 21. 5. 1983, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 15. 7. 1983, S. 14.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 628/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

**zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für bestimmte Reiseartikel der
Tarifstelle 42.02 B mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG)
Nr. 3569/83 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates vom 16. Dezember 1983 zur Anwendung von allgemeinen Zollpräferenzen auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1984⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 13,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 und 10 der genannten Verordnung wird die Zollausssetzung jedem der in Anhang C aufgeführten Länder und Gebiete mit Ausnahme derjenigen, die in Spalte 4 des Anhangs A genannt sind, im Rahmen der in Spalte 9 des Anhangs A festgesetzten Präferenzzollplafonds gewährt. Sobald die individuellen Plafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind, kann nach Artikel 11 der genannten Verordnung die Erhebung der Zölle der Einfuhr der betreffenden Waren mit Ursprung aus jedem der betreffenden Länder und Gebiete zu jedem Zeitpunkt wiedereingeführt werden.

Für bestimmte Reiseartikel der Tarifstelle 42.02 B beträgt der individuelle Plafond 3 087 000 ECU. Am 6. März 1984 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren aus Indien den betreffenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, die Erhebung der Zölle für die betreffenden Waren gegenüber Indien wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 13. März 1984 wird die Erhebung der Zölle, die aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates ausgesetzt ist, für Einfuhren der folgenden Waren mit Ursprung in Indien in die Gemeinschaft wiedereingeführt :

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
42.02 (NIMEXE-Kennziffern 42.02-21, 23, 25, 31, 35, 41, 49, 51, 59, 60, 91, 99)	Reiseartikel (Reisekoffer, Handkoffer, Hutschachteln, Reisetaschen, Rucksäcke usw.), Einkaufstaschen, Handtaschen, Schulanzen, Aktentaschen, Brieftaschen, Geldbeutel, Necessaires, Werkzeugtaschen, Tabakbeutel, Futterale, Etais oder Schachteln (für Waffen, Musikinstrumente, Ferngläser, Schmuck, Flakons, Kragen, Schuhe, Bürsten usw.) und ähnliche Behältnisse, aus Leder, Kunstleder, Vulkanfiber, Kunststoffolien, Pappe oder Geweben : B. aus anderen Stoffen

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Karl-Heinz NARJES

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 362 vom 24. 12. 1983, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 629/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für bestimmtes Rind- und Kalbleder der Tarifstelle 41.02 ex C mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates vom 16. Dezember 1983 zur Anwendung von allgemeinen Zollpräferenzen auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1984⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 13,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 1 und 10 der genannten Verordnung wird die Zollausssetzung jedem der in Anhang C aufgeführten Länder und Gebiete mit Ausnahme derjenigen, die in Spalte 4 des Anhangs A genannt sind, im Rahmen der in Spalte 9 des Anhangs A festgesetzten Präferenzzollplafonds gewährt. Sobald die individuellen Plafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind, kann nach Artikel 11 der genannten Verordnung die Erhebung der Zölle bei der Einfuhr der betreffenden Waren mit Ursprung aus jedem der betreffenden Länder und Gebiete zu jedem Zeitpunkt wiedereingeführt werden.

Für bestimmtes Rind- und Kalbleder der Tarifstelle 41.02 ex C beträgt der individuelle Plafond 4 750 000 ECU. Am 6. März 1984 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren aus Indien den betreffenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, die Erhebung der Zölle für die betreffenden Waren gegenüber Indien wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Ab 13. März 1984 wird die Erhebung der Zölle, die aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3569/83 des Rates ausgesetzt ist, für Einfuhren der folgenden Waren mit Ursprung in Indien in die Gemeinschaft wiedereingeführt:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
41.02 (NIMEXE-Kennziffern 41.02-21, 28, 31, 32, 35, 37, 98)	Rind- und Kalbleder (einschließlich Büffelleder), Roßleder und Leder von anderen Einhufern, ausgenommen Leder der Tarifnrn. 41.06 und 41.08: ex C. anderes Leder, ausgenommen Leder, nur gegerbt

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Karl-Heinz NARJES

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 362 vom 24. 12. 1983, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 630/84 DER KOMMISSION
vom 9. März 1984
zur Änderung der Einfuhrabschöpfungen für Getreide- und
Reisverarbeitungserzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis⁽³⁾, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 174/84⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung Nr. 129 des Rates über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2543/73⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 508/84⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 614/84⁽⁸⁾, festgesetzt.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 414/83 des Rates vom 21. Februar 1983⁽⁹⁾ ist die Verordnung (EWG) Nr. 2744/75⁽¹⁰⁾ betreffend die Erzeugnisse der Tarifstelle 23.02 A des Gemeinsamen Zolltarifs geändert worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währung stützt,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorstehendem Gedankenstrich festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 8. März 1984 festgestellten Kurse.

Die zuletzt festgesetzte Abschöpfung der Grunderzeugnisse weicht von den mittleren Abschöpfungen um mehr als 3,02 ECU je Tonne des Grunderzeugnisses ab. Daher müssen aufgrund von Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1579/74⁽¹¹⁾ die zur Zeit geltenden Abschöpfungen entsprechend dem Anhang zu dieser Verordnung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen, die der Verordnung (EWG) Nr. 2744/75, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 414/83 unterliegen und im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 508/84 festgesetzt sind, zu erhebenden Abschöpfungen werden wie im Anhang angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSA GER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1984, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. 106 vom 30. 10. 1962, S. 2553/62.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 263 vom 19. 9. 1973, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 58 vom 29. 2. 1984, S. 7.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 67 vom 9. 3. 1984, S. 44.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 51 vom 24. 2. 1983, S. 1.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 65.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 168 vom 25. 6. 1974, S. 7.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 9. März 1984 zur Änderung der Einfuhrabschöpfungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse

(ECU/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Abschöpfungen	
	Drittländer (ausgenommen AKP oder ÜLG)	AKP oder ÜLG)
07.06 A I	82,63 ⁽¹⁾	80,82 ⁽¹⁾ ⁽⁵⁾
07.06 A II	85,65 ⁽¹⁾	80,82 ⁽¹⁾ ⁽⁵⁾
11.01 C ⁽²⁾	154,77	148,73
11.01 E I ⁽²⁾	128,60	122,56
11.01 E II ⁽²⁾	72,47	69,45
11.02 A II ⁽²⁾	175,85	169,81
11.02 A III ⁽²⁾	154,77	148,73
11.02 A V a) 1 ⁽²⁾	93,66	87,62
11.02 A V a) 2 ⁽²⁾	128,60	122,56
11.02 A V b) ⁽²⁾	72,47	69,45
11.02 B I a) 1 ⁽²⁾	135,23	132,21
11.02 B I b) 1 ⁽²⁾	135,23	132,21
11.02 B II b) ⁽²⁾	128,49	125,47
11.02 B II c) ⁽²⁾	111,96	108,94
11.02 C II ⁽²⁾	153,96	150,94
11.02 C III ⁽²⁾	212,62	206,58
11.02 C V ⁽²⁾	111,96	108,94
11.02 D II ⁽²⁾	99,25	96,23
11.02 D III ⁽²⁾	87,30	84,28
11.02 D V ⁽²⁾	72,47	69,45
11.02 E I a) 1 ⁽²⁾	87,30	84,28
11.02 E I b) 1 ⁽²⁾	171,30	165,26
11.02 E II b) ⁽²⁾	175,85	169,81
11.02 E II c) ⁽²⁾	128,60	122,56
11.02 F II ⁽²⁾	175,85	169,81
11.02 F III ⁽²⁾	154,77	148,73
11.02 F V ⁽²⁾	128,60	122,56
11.02 G II	57,11	51,07
11.04 C I	85,65	79,00 ⁽⁵⁾
11.04 C II a)	98,92	74,74 ⁽⁵⁾
11.04 C II b)	130,17	105,99 ⁽⁵⁾
11.07 A II a)	157,96 ⁽⁴⁾	147,08
11.07 A II b)	120,78	109,90
11.07 B	138,96 ⁽⁴⁾	128,08
11.08 A I	98,92	78,37
11.08 A IV	98,92	78,37
11.08 A V	98,92	39,18 ⁽⁵⁾
17.02 B II a) ⁽³⁾	198,95	102,23
17.02 B II b) ⁽³⁾	144,86	78,37
17.02 F II a)	203,82	107,10
17.02 F II b)	140,97	74,48

(ECU/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Abschöpfungen	
	Drittländer (ausgenommen AKP oder ÜLG)	AKP oder ÜLG)
21.07 F II	144,86	78,37
23.02 A I a)	40,69	34,69
23.02 A I b)	80,34	74,34
23.02 A II a)	40,69	34,69
23.02 A II b)	80,34	74,34
23.03 A I	278,70	97,36

- (¹) Diese Abschöpfung ist unter bestimmten Bedingungen auf 6 v. H. des Zollwerts begrenzt.
- (²) Für die Abgrenzung der Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 von denen der Tarifstelle 23.02 A gelten als Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 Erzeugnisse, die — in Gewichtshundertteilen ausgedrückt und auf den Trockenstoff bezogen — gleichzeitig folgendes aufweisen :
- einen Stärkegehalt (bestimmt nach dem abgewandelten polarimetrischen Ewers-Verfahren), der höher ist als 45 v. H. ;
 - einen Aschegehalt (abzüglich etwa eingesetzter Mineralstoffe), der bei Reis 1,6 v. H. oder weniger, bei Weizen und Roggen 2,5 v. H. oder weniger, bei Gerste 3 v. H. oder weniger, bei Buchweizen 4 v. H. oder weniger, bei Hafer 5 v. H. oder weniger und bei anderen Getreidearten 2 v. H. oder weniger beträgt.
- Jedoch gehören Getreidekeime, ganz, gequetscht, als Flocken oder gemahlen, zur Tarifnummer 11.02.
- (³) Dieses zu Tarifstelle 17.02 B I gehörende Erzeugnis unterliegt aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 der gleichen Abschöpfung wie die Waren der Tarifstelle 17.02 B II.
- (⁴) Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 wird diese Abschöpfung für die Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei um 5,44 ECU/t verringert.
- (⁵) Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 435/80 wird die Abschöpfung für nachstehende Erzeugnisse mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean und in den überseeischen Ländern und Gebieten nicht erhoben :
- Marantawurzeln der Tarifstelle 07.06 A
 - Mehl und Gries der Tarifstelle 11.04 C
 - Stärke von Maranta der Tarifstelle 11.08 A V.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 631/84 DER KOMMISSION

vom 9. März 1984

über die Aussetzung der Vorausfestsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Mais

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1451/82⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 7 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 15 Absatz 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 sieht die Möglichkeit einer Aussetzung der Bestimmungen betreffend die Vorausfestsetzung der Abschöpfung vor, wenn die Marktlage gestattet, festzustellen, daß Schwierigkeiten infolge der Anwendung dieser Bestimmungen bestehen oder solche Schwierigkeiten entstehen könnten.

Die Beibehaltung der derzeitigen Regelung kann kurzfristig zu der Vorausfestsetzung von Abschöpfungen

für wesentlich größere Mengen führen als normalerweise in Betracht kommen.

Die vorstehend beschriebene Lage führt zu einer zeitweiligen Aussetzung der Bestimmungen betreffend die Vorausfestsetzung der Abschöpfungen für das betreffende Erzeugnis —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Vorausfestsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr für Mais der Tarifstelle 10.05 B des Gemeinsamen Zolltarifs wird vom 12. bis 14. März 1984 ausgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. März 1984 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. März 1984

Für die Kommission

Poul DALSGER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 14. 6. 1982, S. 1.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 1. März 1984

über den Abschluß des Protokolls über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers

(84/132/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 235,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In den Aktionsprogrammen der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz⁽²⁾ wird die Notwendigkeit des Schutzes und der Gesundung des Meeres unterstrichen, damit dieses seine Rolle zur Erhaltung und Entwicklung der Arten weiterhin erfüllen kann und damit das lebenswichtige ökologische Gleichgewicht gewahrt wird.

Im zweiten Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz wird die Dringlichkeit von Lösungen auf internationaler Ebene bei der Gestaltung und ökologischen Bewirtschaftung der Küstengebiete hervorgehoben.

Das dritte Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz⁽³⁾, dessen allgemeine Ausrichtung der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten am 7. Februar 1983 gebilligt haben, erklärt ausdrücklich, daß es darauf ankommt, eine Politik des

Schutzes und der rationellen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen durchzuführen.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit den Entwicklungsländern, insbesondere den Partnerländern der Gemeinschaft im Mittelmeerraum, ist eines der Ziele des zweiten Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften.

In Artikel 4 des von der Gemeinschaft mit dem Beschluß 77/585/EWG⁽⁴⁾ genehmigten Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien Zusatzprotokolle über gemeinsame Maßnahmen, Verfahren und Normen zur Durchführung des Übereinkommens abschließen können. In Anwendung dieses Artikels haben die auf der Konferenz der Bevollmächtigten am 2. und 3. April 1982 in Genf vertretenen Mittelmeerstaaten das Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers unterzeichnet.

Die Gemeinschaft hat außerdem durch den Beschluß 77/585/EWG das Protokoll zur Verhütung der Verschmutzung des Mittelmeers durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge sowie durch den Beschluß 81/420/EWG⁽⁵⁾ das Protokoll über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen und schließlich durch den Beschluß 83/101/EWG⁽⁶⁾ das Protokoll über den Schutz des Mittelmeers gegen Verschmutzung vom Lande aus genehmigt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 322 vom 28. 11. 1983, S. 278.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 112 vom 20. 12. 1973, S. 1 und
AbI. Nr. C 139 vom 13. 6. 1977, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. C 46 vom 17. 2. 1983, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 240 vom 19. 9. 1977, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 162 vom 19. 6. 1981, S. 4.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 67 vom 12. 3. 1983, S. 1.

In dem Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers ist die Möglichkeit der Verabschiedung von Maßnahmen betreffend den Handel sowie die Ein- und Ausfuhr der von den Schutzmaßnahmen betroffenen Tier- und Pflanzenarten vorgesehen, wodurch die gemeinsame Handelspolitik und der freie Warenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten berührt werden könnten.

Das Protokoll enthält Bestimmungen, die die Richtlinie 76/464/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft⁽¹⁾, die Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten⁽²⁾ und die Richtlinie 79/923/EWG des Rates vom 30. Oktober 1979 über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer⁽³⁾ sowie die Verordnung (EWG) Nr. 348/81 des Rates vom 20. Januar 1981 über eine gemeinsame Regelung für die Einfuhr von Walerzeugnissen⁽⁴⁾ berühren könnten.

Das Protokoll bezweckt den Schutz der gemeinsamen natürlichen Ressourcen des betreffenden Gebietes, die Wahrung der Verschiedenartigkeit des genetischen Erbguts und den Schutz bestimmter Naturlandschaften durch die Schaffung einer Reihe besonderer Schutzgebiete.

Die meisten Unterzeichner des Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung und seiner Zusatzprotokolle unterhalten besondere Beziehungen zur Gemeinschaft im Rahmen von deren globaler Mittelmeerpolitik; diese betreffen insbesondere den Bereich der Zusammenarbeit. Im Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers sind die Modalitäten dieser Zusammenarbeit auf den im Protokoll verzeichneten Gebieten festgelegt.

Die Gemeinschaft hat das Protokoll am 30. März 1983 unterzeichnet.

Die Gemeinschaft wird sich an der Durchführung des Protokolls beteiligen, indem sie die Zuständigkeiten,

die sich aus den bestehenden gemeinsamen Vorschriften ergeben, sowie die ihr durch künftige Rechtsakte des Rates erwachsenden Zuständigkeiten wahrnimmt und die Ergebnisse von Gemeinschaftsaktionen in den betreffenden Bereichen (Forschung, Informationsaustausch) nutzt.

Die Genehmigung des Protokolls durch die Gemeinschaft erscheint zur Verwirklichung eines der Ziele der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Schutzes der Umwelt und der Lebensqualität im Hinblick auf das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig. Da besondere Befugnisse für die Annahme dieses Beschlusses im Vertrag nicht vorgesehen sind, muß dessen Artikel 235 herangezogen werden —

BESCHLIESST :

Artikel 1

Das Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers wird im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genehmigt.

Der Wortlaut des Protokolls ist diesem Beschluß beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates hinterlegt die Urkunden gemäß Artikel 18 des in Artikel 1 genannten Protokolls.

Geschehen zu Brüssel am 1. März 1984.

Im Namen des Rates

Der Präsident

H. BOUCHARDEAU

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 129 vom 18. 5. 1976, S. 23.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 103 vom 25. 4. 1979, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 10. 11. 1979, S. 47.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 39 vom 12. 2. 1981, S. 1.

PROTOCOL
concerning Mediterranean specially protected areas

THE CONTRACTING PARTIES TO THIS PROTOCOL,

BEING PARTIES TO THE CONVENTION for the protection of the Mediterranean Sea against pollution, adopted at Barcelona on 16 February 1976,

CONSCIOUS of the danger threatening the environment of the Mediterranean Sea area as a whole, in view of the increasing human activities in the region,

TAKING INTO ACCOUNT the special hydrographic and ecological characteristics of the Mediterranean Sea area,

STRESSING the importance of protecting and, as appropriate, improving the state of the natural resources and natural sites of the Mediterranean Sea, as well as of their cultural heritage in the region, among other means by the establishment of specially protected areas including marine areas and their environment,

DESIROUS of establishing close cooperation among themselves in order to achieve that objective,

HAVE AGREED AS FOLLOWS :

Article 1

1. The Contracting Parties to this Protocol (hereinafter referred to as 'the Parties') shall take all appropriate measures with a view to protecting those marine areas which are important for the safeguard of the natural resources and natural sites of the Mediterranean Sea area, as well as for the safeguard of their cultural heritage in the region.

2. Nothing in this Protocol shall prejudice the codification and development of the law of the sea by the United Nations Conference on the Law of the Sea convened pursuant to resolution 2750 C (XXV) of the General Assembly of the United Nations, nor the present or future claims and legal views of any State concerning the law of the sea and the nature and extent of coastal and flag State jurisdiction.

Article 2

For the purposes of the designation of specially protected areas (hereinafter referred to as 'protected areas'), the area to which this Protocol applies shall be the Mediterranean Sea area as defined in Article 1 of the Convention for the protection of the Mediterranean Sea against pollution (hereinafter referred to as 'the Convention'); it being understood that, for the purposes of the present Protocol, it shall be limited to the territorial waters of the Parties and may include waters on the landward side of the baseline from which the breadth of the territorial sea is measured and extending, in the case of watercourses, up to the freshwater limit. It may also include wetlands or coastal areas designated by each of the Parties

Article 3

1. The Parties shall, to the extent possible, establish protected areas and shall endeavour to undertake the action necessary in order to protect those areas and, as appropriate, restore them, as rapidly as possible.

2. Such areas shall be established in order to safeguard in particular :

- (a) — sites of biological and ecological value,
 - the genetic diversity, as well as satisfactory population levels, of species, and their breeding grounds and habitats,
 - representative types of ecosystems, as well as ecological processes ;
- (b) sites of particular importance because of their scientific, aesthetic, historical, archaeological, cultural or educational interest.

Article 4

The Parties to this Protocol shall, at their first meeting, formulate and adopt, if necessary in cooperation with the competent international organizations, common guidelines and, if needed, standards or criteria dealing in particular with :

- (a) the selection of protected areas ;
- (b) the establishment of protected areas ;
- (c) the management of protected areas ;
- (d) the notification of information on protected areas.

Article 5

The Parties may strengthen the protection of a protected area by establishing, within the area to which this Protocol applies, one or more buffer areas in which activities are less severely restricted while remaining compatible with the purposes of the protected area.

Article 6

1. If a Party intends to establish a protected area contiguous to the frontier or to the limits of the zone of national jurisdiction of another Party, the competent authorities of the two Parties shall endeavour to consult each other with a view to reaching agreement on the measures to be taken and shall, among other things, examine the possibility of the establishment by the other Party of a corresponding protected area or the adoption by it of any other appropriate measure.

2. If a Party intends to establish a protected area contiguous to the frontier or to the limits of the zone of national jurisdiction of a State which is not a party to this Protocol, the Party shall endeavour to work together with the competent authorities of that State with a view to holding the consultations referred to in paragraph 1.

3. If contiguous protected areas are established by two Parties, or by one Party and by a State which is not a party to this Protocol, special agreements may provide for the means whereby the consultation or the collaboration contemplated in paragraphs 1 and 2 respectively may take place.

4. If a State which is not a party to this Protocol intends to establish a protected area contiguous to the frontier or to the limits of the zone of national jurisdiction of a Party to this Protocol, the latter shall endeavour to work together with that State with a view to holding consultations, and possibly concluding a special agreement as referred to in paragraph 3.

Article 7

The Parties, having regard to the objectives pursued and taking into account the characteristics of each protected area, shall, in conformity with the rules of international law, progressively take the measures required, which may include:

- (a) the organization of a planning and management system;
- (b) the prohibition of the dumping or discharge of wastes or other matter which may impair the protected area;
- (c) the regulation of the passage of ships and any stopping or anchoring;
- (d) the regulation of fishing and hunting and of the capture of animals and harvesting of plants;
- (e) the prohibition of the destruction of plant life or animals and of the introduction of exotic species;
- (f) the regulation of any act likely to harm or disturb the fauna or flora, including the introduction of indigenous zoological or botanical species;

- (g) the regulation of any activity involving the exploration or exploitation of the sea-bed or its subsoil or a modification of the sea-bed profile;
- (h) the regulation of any activity involving a modification of the profile of the soil or the exploitation of the subsoil of the land part of a marine protected area;
- (i) the regulation of any archaeological activity and of the removal of any object which may be considered as an archaeological object;
- (j) the regulation of trade in and import and export of animals, parts of animals, plants, parts of plants and archaeological objects which originate in protected areas and are subject to measures of protection;
- (k) any other measure aimed at safeguarding ecological and biological processes in protected areas.

Article 8

1. The Parties shall give appropriate publicity to the establishment of protected areas, as well as of the areas provided for in Article 5, and to their markings and the regulations applying thereto.

2. The information referred to in paragraph 1 shall be notified to the Organization designated in Article 13 of the Convention (hereinafter referred to as 'the Organization') which shall compile and keep up to date a directory of protected areas in the area to which this Protocol applies. The Parties shall supply the Organization with all the information necessary for that purpose.

Article 9

1. The Parties shall, in promulgating protective measures, take into account the traditional activities of their local populations. To the fullest extent possible, no exemption which is allowed for this reason shall be such as:

- (a) to endanger either the maintenance of ecosystems protected under the terms of the present Protocol or the biological processes contributing to the maintenance of those ecosystems;
- (b) to cause either the extinction of or any substantial reduction in, the number of individuals making up the species or animal and plant populations within the protected ecosystems, or any ecologically connected species or populations, particularly migratory species and rare, endangered or endemic species.

2. Parties which allow exemptions with regard to protective measures or do not apply such measures strictly shall inform the Organization accordingly.

Article 10

The Parties shall encourage and develop scientific and technical research on their protected areas and on the ecosystems and archaeological heritage of those areas.

Article 11

The Parties shall endeavour to inform the public as widely as possible of the significance and interest of the protected areas and of the scientific knowledge which may be gained from them from the point of view of both nature conservation and archaeology. Such information should have an appropriate place in education programmes concerning the environment and history. The Parties should also endeavour to promote the participation of their public and their nature conservation organizations in appropriate measures which are necessary for the protection of the areas concerned.

Article 12

The Parties shall, to the extent possible, establish a cooperation programme to coordinate the establishment, planning, management and conservation of protected areas, with a view to creating a network of protected areas in the Mediterranean region, taking fully into account existing networks, especially that of biosphere reserves of Unesco. There shall be regular exchanges of information concerning the characteristics of the protected areas, the experiences acquired and the problems encountered.

Article 13

The Parties shall, in accordance with the procedures set forth in Article 14, exchange scientific and technical information concerning current or planned research and the results expected. They shall, to the fullest extent possible, coordinate their research. They shall, moreover, endeavour to define jointly or to standardize the scientific methods to be applied in the selection, management and monitoring of protected areas.

Article 14

1. In applying the principles of cooperation set forth in Articles 12 and 13, the Parties shall forward to the Organization :

- (a) comparable information for monitoring the biological development of the Mediterranean environment ;
- (b) reports, publications and information of a scientific, administrative and legal nature, in particular :
 - on the measures taken by the Parties in pursuance of this Protocol for the protection of the protected areas,
 - on the species present in the protected areas,
 - on any threats to those areas, especially those which may come from sources of pollution outside their control.

2. The Parties shall designate persons responsible for protected areas. Those persons shall meet at least once every two years to discuss matters of joint interest and especially to propose recommendations concerning scientific, administrative and legal information as well as the standardization and processing of data.

Article 15

1. The Parties shall, directly or with the assistance of competent regional or other international organizations or bilaterally, cooperate, on the entry into force of this Protocol, in formulating and implementing programmes of mutual assistance and of assistance to those developing countries which express a need for it in the selection, establishment and management of protected areas.

2. The programmes contemplated in paragraph 1 should relate, in particular, to the training of scientific and technical personnel, scientific research, and the acquisition, utilization and production by those countries of appropriate equipment on advantageous terms to be agreed among the Parties concerned.

Article 16

Changes in the delimitation or legal status of a protected area or the suppression of all or part of such an area may not take place except under a similar procedure to that followed for its establishment.

Article 17

1. The ordinary meetings of the Parties to this Protocol shall be held in conjunction with the ordinary meetings of the Contracting Parties to the Convention held pursuant to Article 14 of the Convention. The Parties may also hold extraordinary meetings in conformity with that Article.

2. It shall be the function of the meetings of the Parties to this Protocol, in particular :

- (a) to keep under review the implementation of this Protocol ;
- (b) to consider the efficacy of the measures adopted, having regard in particular to the area to which the Protocol applies, and to examine the need for other measures, in particular in the form of annexes, or for envisaging, if necessary, an alteration to that area, in conformity with the provisions of Article 16 of the Convention ;
- (c) to adopt, review and amend as required any Annex to this Protocol ;
- (d) to monitor the establishment and development of the network of protected areas provided by Article 12, and to adopt guidelines to facilitate the establishment and development of that system and to increase cooperation among the Parties ;
- (e) to consider the recommendations made by the meetings of the persons responsible for the protected areas, as provided by Article 14 (2) ;
- (f) to consider reports transmitted by the Parties to the Organization under Article 20 of the Convention and any other information which the Parties may transmit to the Organization or to the meeting of the Parties.

Article 18

1. The provisions of the Convention relating to any protocol shall apply with respect to this Protocol.
2. The rules of procedure and the financial rules adopted pursuant to Article 18 (2) of the Convention shall apply with respect to this Protocol, unless the Parties to this Protocol agree otherwise.
3. This Protocol shall be open for signature, at Geneva on 3 and 4 April 1982, and at Madrid from 5 April 1982 to 2 April 1983 by any Contracting Party to the Convention and any State invited to the Conference of plenipotentiaries on the Protocol concerning Mediterranean specially protected areas, held at Geneva on 2 and 3 April 1982. It shall also be open for signature from 5 April 1982 to 2 April 1983 by any regional economic grouping of which at least one

member is a coastal State of the Mediterranean Sea area and which exercises competence in fields covered by this Protocol.

4. This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of Spain, which will assume the functions of depositary.

5. As from 3 April 1983, this Protocol shall be open for accession by the Contracting Parties to the Convention and by any State or grouping referred to in paragraph 3.

6. This Protocol shall enter into force on the 30th day following the deposit of at least six instruments of ratification, acceptance or approval of, or accession to, the Protocol.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized, have signed this Protocol.

Done at Geneva on this third day of April one thousand nine hundred and eighty two in a single copy in the Arabic, English, French and Spanish languages, the four texts being equally authoritative.

PROTOCOLE
relatif aux aires spécialement protégées de la Méditerranée

LES PARTIES CONTRACTANTES AU PRÉSENT PROTOCOLE,

ÉTANT PARTIES à la convention pour la protection de la mer Méditerranée contre la pollution, adoptée à Barcelone le 16 février 1976,

CONSCIENTES du danger qui menace l'environnement de la zone de la mer Méditerranée dans son ensemble, eu égard au développement des activités humaines dans la région,

TENANT COMPTE des caractéristiques hydrographiques et écologiques particulières à la zone de la mer Méditerranée,

SOULIGNANT qu'il importe de protéger et, le cas échéant, d'améliorer l'état des ressources naturelles et des sites naturels de la mer Méditerranée, ainsi que l'état de leur patrimoine culturel dans la région, entre autres par la création d'aires spécialement protégées comprenant des aires marines et leur environnement,

DÉSIREUSES d'établir une étroite collaboration entre elles en vue de la réalisation de cet objectif,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT :

Article premier

1. Les parties contractantes au présent protocole (ci-après dénommées « parties ») prennent toutes les mesures appropriées en vue de protéger les aires marines importantes pour la sauvegarde des ressources naturelles et des sites naturels de la zone de la mer Méditerranée, ainsi que pour la sauvegarde de leur patrimoine culturel dans la région.

2. Aucune disposition du présent protocole ne peut porter atteinte à la codification et à l'élaboration du droit de la mer par la Conférence des Nations unies sur le droit de la mer convoquée en vertu de la résolution 2750 C (XXV) de l'Assemblée générale des Nations unies, ni aux revendications ou positions juridiques présentes ou futures de tout État touchant le droit de la mer et la nature et l'étendue de la juridiction de l'État riverain et de l'État du pavillon.

Article 2

Aux fins de la désignation d'aires spécialement protégées (ci-après dénommées « aires protégées »), la zone d'application du présent protocole est la zone de la mer Méditerranée délimitée à l'article 1^{er} de la convention pour la protection de la mer Méditerranée contre la pollution (ci-après dénommée « convention »), étant entendu que, pour les besoins du présent protocole, elle est limitée aux eaux territoriales des parties et peut comprendre les eaux qui sont situées en deçà de la ligne de base à partir de laquelle est mesurée la largeur de la mer territoriale et qui s'étendent, dans le cas des cours d'eau, jusqu'à la limite des eaux douces. Elle peut en outre comprendre des zones humides ou des zones côtières désignées par chacune des parties.

Article 3

1. Les parties créent, dans la mesure du possible, des aires protégées et elles s'efforcent de mener les actions nécessaires pour en assurer la protection et, le cas échéant, la restauration, dans les plus brefs délais.

2. Ces aires sont créées dans le but de sauvegarder en particulier :

- a) — des sites présentant une valeur biologique et écologique,
 - la diversité génétique des espèces ainsi que des niveaux satisfaisants pour leur population, leurs zones de reproduction et leurs habitats,
 - des types représentatifs d'écosystèmes et les processus écologiques ;
- b) des sites présentant une importance particulière en raison de leur intérêt scientifique, esthétique, historique, archéologique, culturel ou éducatif.

Article 4

Les parties au présent protocole élaborent et adoptent lors de leur première réunion, en collaboration si nécessaire avec les organisations internationales compétentes, des lignes directrices et, en tant que de besoin, des normes ou critères communs concernant notamment :

- a) le choix d'aires protégées ;
- b) la création d'aires protégées ;
- c) la gestion des aires protégées ;
- d) la notification de renseignements sur les aires protégées.

Article 5

Les parties peuvent renforcer la protection d'une aire protégée en créant, dans la zone d'application du présent protocole, une ou des aires tampons dans lesquelles les restrictions aux activités, tout en demeurant compatibles avec les finalités assignées à l'aire considérée, sont moins strictes.

Article 6

1. Au cas où une partie se propose de créer une aire protégée contiguë à la frontière ou aux limites de la zone de juridiction nationale d'une autre partie, les autorités compétentes des deux parties s'efforcent de se consulter afin de parvenir à un accord sur les mesures à prendre et, entre autres, examinent la possibilité pour l'autre partie de créer une aire protégée correspondante ou d'adopter toute autre mesure appropriée.

2. Au cas où une partie se propose de créer une aire protégée contiguë à la frontière ou aux limites de la zone de juridiction nationale d'un État qui n'est pas partie au présent protocole, la partie s'efforce de se concerter avec les autorités compétentes de cet État en vue de procéder aux consultations prévues au paragraphe 1.

3. Au cas où des aires protégées contiguës sont créées par deux parties ou par une partie et un État qui n'est pas partie au présent protocole, des accords spéciaux peuvent prévoir les modalités de la consultation ou de la concertation respectivement visées aux paragraphes 1 et 2.

4. Au cas où un État non partie au présent protocole se propose de créer une aire protégée contiguë à la frontière ou aux limites de la juridiction nationale d'une partie au présent protocole, cette dernière s'efforce de se concerter avec ledit État pour procéder à des consultations et, éventuellement, conclure un accord tel que prévu au paragraphe 3.

Article 7

Les parties, eu égard aux objectifs recherchés et en tenant compte des caractéristiques de chaque aire protégée, prennent progressivement, en conformité avec les règles du droit international, les mesures requises, qui peuvent être entre autres :

- a) l'organisation d'un système de planification et de gestion ;
- b) l'interdiction de rejeter ou de déverser des déchets ou autres matières susceptibles de porter atteinte à l'aire protégée ;
- c) la réglementation du passage des navires et de tout arrêt ou mouillage ;
- d) la réglementation de la pêche, de la chasse, de la capture d'animaux et de la récolte de végétaux ;
- e) l'interdiction de la destruction de végétaux ou d'animaux et de l'introduction d'espèces exotiques ;
- f) la réglementation de tout acte de nature à nuire à la faune ou à la flore ou à les perturber, y compris l'introduction d'espèces zoologiques ou botaniques autochtones ;

- g) la réglementation de toute activité impliquant l'exploration ou l'exploitation du fond de la mer ou de son sous-sol ou une modification de la configuration du fond de la mer ;
- h) la réglementation de toute activité impliquant une modification de la configuration du sol ou l'exploitation du sous-sol de la partie terrestre d'une aire marine protégée ;
- i) la réglementation de toute activité archéologique et de l'enlèvement de tout objet pouvant être considéré comme un bien archéologique ;
- j) la réglementation du commerce, de l'importation et de l'exportation d'animaux ou de parties d'animaux, de végétaux ou de parties de végétaux et d'objets archéologiques provenant des aires protégées et soumis à des mesures de protection ;
- k) toute autre mesure visant à sauvegarder les processus écologiques et biologiques dans les aires protégées.

Article 8

1. Les parties donnent une publicité appropriée à la création des aires protégées ainsi qu'à celle des aires prévues à l'article 5, à leur signalisation et aux réglementations qui s'y appliquent.

2. Les renseignements visés au paragraphe 1 sont notifiés à l'organisation désignée à l'article 13 de la convention (ci-après dénommée « organisation »), qui constitue et tient à jour un répertoire des aires protégées dans la zone d'application du présent protocole. À cette fin, les parties fournissent tous renseignements utiles à l'organisation.

Article 9

1. Les parties prennent en considération, dans les mesures de protection qu'elles édictent, les activités traditionnelles de leurs populations locales. Dans toute la mesure du possible, les dérogations accordées de ce fait ne doivent être de nature :

- a) à compromettre ni le maintien des écosystèmes protégés en vertu du présent protocole, ni les processus biologiques participant au maintien de ces écosystèmes ;
- b) à provoquer ni l'extinction ni une diminution substantielle des effectifs des espèces ou populations animales et végétales incluses dans les écosystèmes protégés ou de celles qui leur sont écologiquement liées, en particulier les espèces migratrices et les espèces rares, menacées ou endémiques.

2. Les parties qui accordent des dérogations aux mesures de protection ou qui ne les appliquent pas strictement en informent l'organisation.

Article 10

Les parties encouragent et intensifient les activités de recherche scientifique et technique relatives à leurs aires protégées ainsi qu'aux écosystèmes et au patrimoine archéologique de ces aires.

Article 11

Les parties s'efforcent d'informer le public, aussi largement que possible, de la valeur et de l'intérêt des aires protégées et des enseignements scientifiques qu'elles permettent de recueillir aussi bien du point de vue de la conservation de la nature que du point de vue archéologique. Cette information devrait trouver une place appropriée dans les programmes d'enseignement concernant l'environnement et l'histoire. Les parties devraient aussi s'efforcer de faire en sorte que le public et les organisations de protection de la nature des parties concernées participent aux mesures appropriées nécessaires pour protéger les aires concernées.

Article 12

Les parties établissent, dans la mesure du possible, un programme de coopération afin de coordonner la création, la planification, la gestion et la conservation des aires protégées, en vue de constituer un réseau d'aires protégées dans la région de la mer Méditerranée, tout en prenant pleinement en considération les réseaux existants, notamment celui des réserves de la biosphère de l'UNESCO. Les caractéristiques des aires protégées, l'expérience acquise et les problèmes constatés font l'objet d'échanges réguliers d'information.

Article 13

Les parties échangent, conformément aux procédures définies à l'article 14, des renseignements scientifiques et techniques sur les recherches en cours ou envisagées et sur les résultats escomptés. Elles coordonnent, dans toute la mesure du possible, leurs recherches. Elles s'efforcent, en outre, de définir en commun ou de normaliser les méthodes scientifiques à appliquer dans le choix, la gestion et la surveillance des aires protégées.

Article 14

1. Dans la mise en œuvre des principes de coopération définis aux articles 12 et 13, les parties adressent à l'organisation :

- a) des données comparables permettant de suivre l'évolution biologique du milieu méditerranéen ;
- b) des rapports, publications et informations scientifiques, administratifs et juridiques, notamment :
 - sur les mesures prises par les parties, conformément au protocole, pour assurer la protection des aires protégées,
 - sur les espèces présentes dans les aires protégées,
 - sur les dangers éventuels menaçant ces aires, susceptibles, en particulier, de provenir de sources de pollution qui échappent à leur contrôle.

2. Les parties désignent des responsables pour les aires protégées. Ces responsables se réunissent au moins une fois tous les deux ans pour examiner les questions d'intérêt commun, et notamment proposer des recommandations concernant les renseignements

scientifiques, administratifs et juridiques ainsi que la normalisation et le traitement des données.

Article 15

1. Les parties, agissant directement ou avec l'aide des organisations régionales ou d'autres organisations internationales qualifiées, ou bilatéralement, coopèrent, dès l'entrée en vigueur du présent protocole, pour élaborer et mettre en œuvre des programmes d'assistance mutuelle et d'assistance aux pays en développement qui en expriment le besoin, pour le choix, la création et la gestion d'aires protégées.

2. Les programmes visés au paragraphe 1 devraient porter, en particulier, sur la formation de personnel scientifique et technique, la recherche scientifique et l'acquisition, l'utilisation et la fabrication de matériel approprié par ces pays à des conditions avantageuses dont il serait convenu entre les parties concernées.

Article 16

La modification des délimitations d'une aire protégée ou de son régime juridique, ou la suppression de cette aire en tout ou en partie ne peuvent être décidées qu'en application d'une procédure similaire à celle observée pour sa création.

Article 17

1. Les réunions ordinaires des parties au présent protocole se tiennent lors de réunions ordinaires des parties contractantes à la convention organisées en vertu de l'article 14 de ladite convention. Les parties peuvent aussi tenir des réunions extraordinaires conformément audit article 14.

2. Les réunions des parties au présent protocole ont notamment pour objet :

- a) de veiller à l'application du présent protocole ;
- b) d'examiner l'efficacité des mesures adoptées, eu égard, notamment, à la zone d'application dudit protocole, ainsi que l'opportunité de prendre d'autres dispositions, en particulier sous forme d'annexes ou d'envisager, si nécessaire, une modification de ladite zone, conformément aux dispositions de l'article 16 de la convention ;
- c) d'adopter, de réviser et d'amender, le cas échéant, toute annexe au présent protocole ;
- d) de veiller à la constitution et au développement du réseau d'aires protégées visé à l'article 12 et d'adopter des lignes directrices en vue de faciliter la constitution et le développement de ce réseau et d'intensifier la coopération entre les parties ;
- e) d'examiner les recommandations formulées par les réunions des responsables des aires protégées, conformément à l'article 14 paragraphe 2 ;
- f) d'examiner les rapports adressés par les parties à l'organisation en application de l'article 20 de la convention, ainsi que toute autre information que les parties pourraient adresser à l'organisation ou à la réunion des parties.

Article 18

1. Les dispositions de la convention se rapportant à tout protocole s'appliquent à l'égard du présent protocole.
2. Le règlement intérieur et les règles financières adoptés conformément à l'article 18 paragraphe 2 de la convention s'appliquent à l'égard du présent protocole, à moins que les parties au présent protocole n'en conviennent autrement.
3. Le présent protocole est ouvert à Genève les 3 et 4 avril 1982 et à Madrid, du 5 avril 1982 au 2 avril 1983, à la signature des parties contractantes à la convention et des États invités à la conférence de plénipotentiaires sur le protocole relatif aux aires spécialement protégées de la Méditerranée, tenue à Genève les 2 et 3 avril 1982. Il est également ouvert, du 5 avril 1982 au 2 avril 1983, à la signature de tout

groupement économique régional dont l'un au moins des membres est un État côtier de la zone de la mer Méditerranée et qui exerce des compétences dans des domaines couverts par le présent protocole.

4. Le présent protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du gouvernement de l'Espagne, qui assumera les fonctions de dépositaire.

5. À partir du 3 avril 1983, le présent protocole est ouvert à l'adhésion des parties contractantes à la convention et de tout État ou groupement visé au paragraphe 3.

6. Le présent protocole entrera en vigueur le trentième jour à compter de la date du dépôt d'au moins six instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du protocole ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent protocole.

Fait à Genève, le trois avril mil neuf cent quatre-vingt-deux, en un seul exemplaire en langues anglaise, arabe, espagnole et française, les quatre textes faisant également foi.

ÜBERSETZUNG

(Nur der arabische, der englische, der französische und der spanische Wortlaut sind verbindlich)

PROTOKOLL

über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am 16. Februar 1976 in Barcelona angenommenen Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung,

IM BEWUSSTSEIN der Gefahr, die die Entwicklung der menschlichen Tätigkeiten in diesem Gebiet für die Umwelt des Mittelmeerraums insgesamt mit sich bringt,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der besonderen hydrographischen und ökologischen Eigenschaften des Mittelmeerraums,

ANGESICHTS der Bedeutung des Schutzes und gegebenenfalls der Verbesserung der natürlichen Ressourcen und der Naturlandschaften des Mittelmeerraums sowie seines kulturellen Erbguts, unter anderem durch die Schaffung besonderer Schutzgebiete einschließlich von Meeresgebieten und ihrer Umwelt,

IM BESTREBEN, dieses Ziel in enger Zusammenarbeit zu verwirklichen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN :

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien dieses Protokolls (nachstehend „Parteien“ genannt) ergreifen alle geeigneten Maßnahmen zum Schutz der für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Naturlandschaften des Mittelmeerraums sowie zur Erhaltung des kulturellen Erbguts dieses Raumes wichtigen Meeresgebiete.

(2) Die Bestimmungen dieses Protokolls dürfen weder die Kodifizierung und Ausarbeitung des Seerechts durch die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, die aufgrund der Entschließung 2750 C (XXV) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einberufen wurde, noch die derzeitigen oder künftigen Forderungen oder Rechtspositionen irgendeines Staates in bezug auf das Seerecht sowie die Art oder den Geltungsbereich der Rechtsprechung des Küstenstaats und des Flaggenstaats beeinträchtigen.

Artikel 2

Zur Festlegung besonderer Schutzgebiete (nachstehend „Schutzgebiete“ genannt) gilt als Anwendungsgebiet dieses Protokolls der in Artikel 1 des Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung (nachstehend „Übereinkommen“ genannt) festgelegte Mittelmeerraum, der sich im Zusammenhang mit diesem Protokoll auf die Küstengewässer der Parteien

beschränkt; die Gewässer diesseits der Basislinie, von der aus die Breite der Küstengewässer gemessen wird, die sich im Falle von Wasserläufen bis zur Grenze der Süßgewässer erstrecken, können darin eingeschlossen sein. Ferner kann das Anwendungsgebiet von den Parteien bezeichnete Feucht- oder Küstengebiete umfassen.

Artikel 3

(1) Die Parteien schaffen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Schutzgebiete und bemühen sich, die zu deren Schutz notwendigen Maßnahmen durchzuführen und diese Gebiete gegebenenfalls binnen möglichst kurzer Frist wieder in Stand zu setzen.

(2) Die Schutzgebiete dienen insbesondere der Erhaltung

- a) — von Landschaften mit biologischem und ökologischem Wert ;
- der genetischen Vielfalt der Arten sowie befriedigender Populationsniveaus, ihrer Fortpflanzungsgebiete und Lebensräume ;
- von repräsentativen Typen von Ökosystemen und ökologischen Prozessen ;
- b) von Landschaften von besonderer wissenschaftlicher, ästhetischer, historischer, archäologischer oder kultureller Bedeutung oder von besonderem Wert für die Bildung.

Artikel 4

Die Vertragsparteien dieses Protokolls arbeiten auf ihrer ersten Sitzung — gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Organisationen — Leitlinien und, soweit erforderlich, gemeinsame Normen oder Kriterien aus, insbesondere zu folgenden Zwecken :

- a) Auswahl der Schutzgebiete,
- b) Schaffung von Schutzgebieten,
- c) Verwaltung der Schutzgebiete,
- d) Mitteilung der Einzelheiten über die Schutzgebiete, und nehmen sie an.

Artikel 5

Die Parteien können den Schutz eines Schutzgebiets verstärken, indem sie im Anwendungsgebiet dieses Protokolls eine oder mehrere Pufferzonen schaffen, für die eine weniger strenge Regelung gilt, die jedoch mit den Zielsetzungen für das betreffende Gebiet vereinbar bleibt.

Artikel 6

(1) Beabsichtigt eine Partei die Schaffung eines Schutzgebiets an der Landesgrenze oder an den Grenzen des Hoheitsgebiets einer anderen Partei, so bemühen sich die zuständigen Stellen beider Parteien um Konsultationen, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu einigen ; sie prüfen hierbei insbesondere die Möglichkeit der Schaffung eines entsprechenden Schutzgebiets durch die andere Partei oder der Annahme jeder anderen geeigneten Maßnahme.

(2) Beabsichtigt eine Partei die Schaffung eines Schutzgebiets an der Landesgrenze oder den Grenzen des Hoheitsgebiets eines Staates, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist, so bemüht sich die Partei um Konzertierung mit den zuständigen Stellen dieses Staates im Hinblick auf die Durchführung der in Absatz 1 vorgesehenen Konsultationen.

(3) Werden von zwei Parteien oder von einer Partei und einem Staat, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist, angrenzende Schutzgebiete geschaffen, so können die Modalitäten der in den Absätzen 1 und 2 festgelegten Konsultationen oder Konzertationen in Sonderabkommen festgelegt werden.

(4) Beabsichtigt ein Staat, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist, die Schaffung eines Schutzgebiets an der Landesgrenze oder den Grenzen des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei dieses Protokolls, so bemüht sich die letztere um Konzertierung mit diesem Staat im Hinblick auf die Durchführung von Konsultationen und gegebenenfalls den Abschluß eines Sonderabkommens nach Absatz 3.

Artikel 7

Die Parteien ergreifen unter Berücksichtigung der angestrebten Ziele sowie der Eigenschaften jedes Schutzgebiets fortschreitend und in Übereinstimmung mit den Vorschriften des internationalen Rechts die erforderlichen Maßnahmen, die folgendes umfassen können :

- a) Aufbau eines Planungs- und Verwaltungssystems ;
- b) Verbot der Ablagerung oder Ableitung von Abfällen und anderen Stoffen, die den geschützten Umweltbereich beeinträchtigen könnten ;
- c) Regelung der Durchfahrt, jedes Anhaltens oder Vorankergehens von Schiffen ;
- d) Regelung des Fischfangs und der Jagd sowie des Fangs von Tieren und der Ernte von Pflanzen ;
- e) Verbot der Zerstörung von Pflanzen oder Tieren sowie der Einführung exotischer Tier- und Pflanzenarten ;
- f) Regelung jeder Handlung, die die Fauna oder Flora beeinträchtigen oder stören könnte, einschließlich der Einführung einheimischer Tier- und Pflanzenarten ;
- g) Regelung jeder Tätigkeit, die die Exploration oder Bewirtschaftung des Meeresgrundes, des Untergrundes oder eine Änderung der Gestaltung des Meeresgrundes mit sich bringt ;
- h) Regelung jeder Tätigkeit, die eine Änderung der Bodengestaltung oder die Bewirtschaftung des Untergrundes des Festlands eines Meeresschutzgebiets mit sich bringt ;
- i) Regelung jeder archäologischen Tätigkeit und der Wegnahme aller Gegenstände, die als archäologisches Gut zu betrachten sind ;
- j) Regelung des Handels, der Einfuhr und Ausfuhr von Tieren, Pflanzen oder Teilen von solchen sowie von archäologischen Gegenständen aus Schutzgebieten und Gebieten, für die Schutzmaßnahmen erlassen worden sind ;
- k) jede andere Maßnahme zur Erhaltung der ökologischen und biologischen Prozesse in den geschützten Gebieten.

Artikel 8

(1) Die Parteien sorgen für eine geeignete Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Schaffung der Schutzgebiete sowie der in Artikel 5 festgelegten Gebiete, ihre Markierung die die für sie geltenden Regelungen.

(2) Die Informationen nach Absatz 1 werden der in Artikel 13 des Übereinkommens festgelegten Organisationen (nachstehend „Organisation“ genannt) mitgeteilt, die ein Verzeichnis über die in dem Geltungsbereich dieses Protokolls geschaffenen Schutzgebiete erstellt und fortschreibt. Die Parteien übermitteln der Organisation hierzu alle zweckdienlichen Angaben.

Artikel 9

(1) Die Parteien tragen beim Ergreifen der Schutzmaßnahmen den herkömmlichen Tätigkeiten der einheimischen Bevölkerung Rechnung. Die in diesem Rahmen gewährten Abweichungen sollen so weit wie möglich folgendes vermeiden:

- a) Beeinträchtigung der Erhaltung der durch dieses Protokoll geschützten Ökosysteme oder der am Fortbestand dieser Ökosysteme beteiligten biologischen Prozesse;
- b) Ausrottung der an den geschützten Ökosystemen beteiligten oder ökologisch mit diesen verbundenen Arten oder beträchtliche Verminderung der Bestände von Tieren und Pflanzen, insbesondere von wandernden sowie seltenen, vom Aussterben bedrohten oder endemischen Arten.

(2) Die Parteien, die Abweichungen von den Schutzmaßnahmen gewähren oder diese nicht strikt anwenden, unterrichten hiervon die Organisation.

Artikel 10

Die Parteien fördern und verstärken die wissenschaftlichen und technischen Forschungstätigkeiten im Bereich ihrer Schutzgebiete, der Ökosysteme und des archäologischen Erbguts dieser Gebiete.

Artikel 11

Die Parteien bemühen sich, die Öffentlichkeit möglichst weitgehend über den Wert und das Interesse der Schutzgebiete sowie die aus diesen zu gewinnenden wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich von Naturschutz und Archäologie zu unterrichten. Diese Informationen sollten in den Unterrichtsprogrammen über Umwelt und Geschichte hinreichend berücksichtigt werden. Die Parteien sollten sich ferner bemühen, daß ihre Öffentlichkeit und ihre Naturschutzorganisationen an den notwendigen Schutzmaßnahmen für die betreffenden Gebiete teilnehmen.

Artikel 12

Die Parteien legen so weit wie möglich ein Zusammenarbeitsprogramm fest, um die Schaffung, Planung, Verwaltung und Erhaltung der Schutzgebiete zu koordinieren und ein Netz von Schutzgebieten im Mittelmeerraum zu errichten, wobei die bereits existierenden Netze, insbesondere das UNESCO-Netz der Biosphärenreservate, voll zu berücksichtigen sind. Über die Eigenschaften der Schutzgebiete, die Erfahrungen und anstehenden Probleme ist ein regelmäßiger Informationsaustausch zu veranstalten.

Artikel 13

Die Parteien tauschen gemäß den in Artikel 14 festgelegten Verfahren wissenschaftliche und technische Auskünfte über die laufenden oder geplanten

Forschungen und die erwarteten Ergebnisse aus. Sie koordinieren ihre Forschungen so weit wie möglich. Ferner bemühen sie sich, die wissenschaftlichen Methoden zur Auswahl, Verwaltung und Überwachung der Schutzgebiete gemeinsam festzulegen oder zu vereinheitlichen.

Artikel 14

(1) Zur Durchführung der in den Artikeln 12 und 13 beschriebenen Grundsätze der Zusammenarbeit übermitteln die Parteien der Organisation folgendes:

- a) vergleichbare Daten, die die Überwachung der biologischen Entwicklung der Umwelt im Mittelmeerraum ermöglichen;
- b) wissenschaftliche, verwaltungstechnische und rechtliche Berichte, Veröffentlichungen und Informationen, insbesondere über
 - die von den Parteien gemäß diesem Protokoll ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Schutzgebiete;
 - die in den Schutzgebieten vorkommenden Arten;
 - die eventuellen Gefahren für diese Gebiete, insbesondere aus Verschmutzungsquellen außerhalb der Kontrolle der Parteien.

(2) Die Parteien bezeichnen Verantwortliche für die Schutzgebiete. Diese treten mindestens einmal alle zwei Jahre zusammen, um Fragen von gemeinsamen Interesse zu prüfen und insbesondere Empfehlungen über die wissenschaftlichen, verwaltungstechnischen und rechtlichen Informationen sowie die Vereinheitlichung und Verarbeitung der Daten auszuarbeiten.

Artikel 15

(1) Die Parteien, die direkt oder mit Hilfe regionaler oder anderer zuständiger internationaler Organisationen oder bilateral handeln, arbeiten gemeinsam gegenseitige Hilfsprogramme und Hilfsprogramme für Entwicklungsländer, die solche verlangen, über die Wahl, Schaffung und Verwaltung der Schutzgebiete aus, sobald dieses Protokoll in Kraft tritt.

(2) Die in Absatz 1 festgelegten Programme sollten insbesondere die Ausbildung des wissenschaftlichen und technischen Personals, die wissenschaftliche Forschung und den Kauf, den Einsatz und die Herstellung geeigneter Geräte durch diese Länder zu günstigen Bedingungen umfassen, die von den betreffenden Parteien festzulegen sind.

Artikel 16

Die Änderung der Grenzen eines Schutzgebiets oder seines Rechtsstatus oder die vollständige oder teilweise Abschaffung eines solchen Gebietes können nur unter Anwendung eines ähnlichen Verfahrens erfolgen, wie es zu seiner Schaffung angewandt wurde.

Artikel 17

- (1) Die ordentlichen Tagungen der Vertragsparteien dieses Protokolls finden an den ordentlichen Tagungen der Vertragsparteien des Übereinkommens gemäß Artikel 14 dieses Übereinkommens statt. Die Parteien können gemäß demselben Artikel auch außerordentliche Sitzungen abhalten.
- (2) Die Tagungen der Vertragsparteien dieses Protokolls haben insbesondere folgende Ziele :
- a) Überwachung der Durchführung dieses Protokolls ;
 - b) Prüfung der Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen, insbesondere unter Berücksichtigung des Anwendungsgebiets dieses Protokolls, sowie der Zweckmäßigkeit weiterer Maßnahmen, insbesondere die Ausarbeitung von Anhängen, und erforderlichenfalls der Änderung dieses Gebiets gemäß Artikel 16 des Übereinkommens ;
 - c) gegebenenfalls Annahme, Überarbeitung oder Änderung von Anhängen dieses Protokolls ;
 - d) Schaffung und Ausbau des Netzes von Schutzgebieten gemäß Artikel 12 und Ausnahme von Leitlinien zur Erleichterung der Schaffung und des Ausbaus dieses Netzes sowie Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Parteien ;
 - e) Prüfung der Empfehlungen, die auf den Tagungen der Verantwortlichen für die Schutzgebiete gemäß Artikel 14 Absatz 2 auszuarbeiten sind ;
 - f) Prüfung der Berichte, die die Parteien nach Artikel 20 des Übereinkommens der Organisation zusenden, sowie jeder anderen Information, die die Parteien der Organisation oder der Tagung der Parteien vorlegen könnten.

Zu Urkund dessen haben die gebührend bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Genf am dritten April neunzehnhundertzweiundachtzig in einer Urschrift in arabischer, englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei alle vier Fassungen gleichermaßen verbindlich sind.

Artikel 18

- (1) Die für Protokolle geltenden Bestimmungen des Übereinkommens gelten auch für dieses Protokoll.
- (2) Die Geschäftsordnung und die finanziellen Regeln, die nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens festzulegen sind, gelten für dieses Protokoll, sofern die Vertragsparteien dieses Protokolls nichts anderes vereinbaren.
- (3) Dieses Protokoll steht am 3. und 4. April 1982 in Genf und vom 5. April 1982 bis zum 2. April 1983 in Madrid den Vertragsparteien des Übereinkommens sowie den zur am 2. und 3. April 1982 in Genf abgehaltenen Konferenz der Bevollmächtigten betreffend das Protokoll über die besonderen Schutzgebiete des Mittelmeers eingeladenen Staaten zur Unterzeichnung offen. Ferner steht es vom 5. April 1982 bis zum 2. April 1983 jedem regionalen Wirtschaftszusammenschluß zur Unterzeichnung offen, dessen Mitglieder mindestens einen Küstenstaat des Mittelmeerraums umfassen und der für Bereiche zuständig ist, die in den Geltungsbereich dieses Protokolls fallen.
- (4) Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung, Annahme oder Zustimmung. Die Ratifizierungs-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden werden bei der Regierung Spaniens hinterlegt, die die Funktion eines Verwahrers übernimmt.
- (5) Vom 3. April 1983 an steht das Protokoll den Vertragsparteien des Übereinkommens sowie allen in Absatz 3 genannten Staaten oder Zusammenschlüssen zum Beitritt offen.
- (6) Dieses Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens sechs Ratifizierungs-, Annahme-, Zustimmung- oder Beitrittsurkunden zu diesem Protokoll hinterlegt worden sind.

DIE FINANZEN EUROPAS

Daniel STRASSER

Geleitwort von Christopher TUGENDHAT

Die Finanzen Europas gehören zu den Hauptanliegen der Gemeinschaft und bestimmen ihre Tätigkeit in hohem Maße.

Im Laufe der Jahre hat der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft zunehmende politische Bedeutung erlangt.

Das Europäische Parlament, das nunmehr über erweiterte Haushaltsbefugnisse verfügt, hat die Etatberatungen in den Mittelpunkt seiner Tätigkeiten und Aufgaben gestellt.

In dem vorliegenden Buch gibt der Generaldirektor für Haushalt bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Daniel Strasser, eine lückenlose Übersicht über Aufstellung, Ausführung und Bedeutung der Haushaltspläne, deren Volumen sich heute auf 53,5 Milliarden Deutsche Mark beläuft.

Dr. Dr. h. c. Daniel Strasser studierte an der Universität Paris Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Er schloß das Jurastudium mit dem „Diplôme d'études supérieures de droit public“ ab. Zusätzlich promovierte er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften. Darüber hinaus ist er Absolvent des Instituts für politische Wissenschaften in Paris und des Institut de France (Académie des sciences morales et politiques). Die Universität Oviedo (Spanien) verlieh ihm die Ehrendoktorwürde. Daniel Strasser begann seine berufliche Laufbahn als Mitarbeiter im „Kabinett“ des französischen Premierministers (1953—1958). Danach wurde er als Beamter zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach Brüssel abgeordnet. Von 1963 bis 1972 war er Direktor in der Generaldirektion Personal und Verwaltung, danach Direktor in der Generaldirektion Haushalt. 1977 wurde er zum Generaldirektor der Generaldirektion Haushalt ernannt. Seit 1978 ist Daniel Strasser auch Vizepräsident des Exekutivbüros und Professor des Europa-Kollegs in Brügge.

Veröffentlicht in: Dänisch, Deutsch, Englisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Spanisch.

ISBN 92-825-2746-8

Katalognummer: CB-30-80-980-DE-C

Öffentliche Preise in Luxemburg (ohne MwSt.): 12,89 ECU; 525 bfrs; 31,50 DM

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT UND DIE FREIZÜGIGKEIT DER FREIEN BERUFE

J.-P. de CRAYENCOUR

Die Europäische Gemeinschaft hat nicht nur die Aufgabe, einen Gemeinsamen Markt zu errichten, sondern auch „engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern“, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind (Artikel 2 des Vertrages von Rom). Zu den Mitteln, um dies zu erreichen, gehört die Freizügigkeit.

Diese Freizügigkeit betrifft hauptsächlich die freien Berufe. Im Zuge der Beseitigung der Hindernisse, die der Freizügigkeit im Wege stehen — teils durch die Ausübung des Niederlassungsrechts, vor allem aber durch die Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs —, nehmen die freien Berufe an der Europäischen Integration teil, indem sie sich unabhängig und verantwortungsbewußt in den Dienst ihrer Klienten stellen, deren Dasein in zunehmendem Maße von der Gemeinschaft geprägt wird.

Da es sich durchweg um Berufe handelt, die strengen Vorschriften unterliegen, läßt sich diese Freizügigkeit nur gebührend verwirklichen, indem man die Hauptelemente dieser Vorschriften einander angleicht. Dies gilt ebenso für die Ausbildungsbedingungen wie für die berufsständischen Regeln.

Indem man bei dieser Angleichung die in den verschiedenen Mitgliedstaaten geltenden Regeln einander gegenüberstellt, bietet sich die Gelegenheit, sie im Lichte der Entwicklung unserer Gesellschaft zu überdenken, unter Wahrung der Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit dieser Berufsgruppen mit ihrem spezifischen sozialen Beitrag und unter dem Gesichtspunkt, die Europäische Integration zu fördern.

Die hier unter dem Titel „Die Europäische Gemeinschaft und die Freizügigkeit der freien Berufe“ veröffentlichte Arbeit will das große Interesse an dieser Freizügigkeit und die Voraussetzungen für ihre ordnungsgemäße Durchführung herausstellen. Dabei werden die juristische Seite und die erhoffte stufenweise Angleichung geschildert, sowie die Modalitäten des dringendsten Punktes der Verwirklichung hervorgehoben: die gegenseitige Anerkennung der Diplome. Die Veröffentlichung beschreibt, was bereits erreicht wurde, und erinnert an das, was noch zu tun bleibt.

J.-P. de CRAYENCOUR — geboren in London am 16. Juli 1915, Belgier. Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Löwen. Anwalt in der Ausbildung bei der Rechtsanwaltskammer von Brüssel, sodann Direktor des Centre d'études de la Fédération nationale des classes moyennes. Mitglied des Verwaltungsrates und Generalsekretär des Institut international d'études des classes moyennes. Mitglied des Kabinetts des Ministers für den Mittelstand im Jahr 1958. Bediensteter der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Direktion Niederlassungsrecht am 1. März 1959, Abteilungsleiter am 1. Juni 1959, Ruhestand am 1. Mai 1973. Gründet das Europäische Sekretariat der freien intellektuellen und sozialen Berufe (SEPLIS — mit Sitz in Brüssel). Verheiratet, Vater von sechs Kindern. Gründer, Vorsitzender und Präsident des nationalen Verbandes der Elternvereinigungen im Jahre 1956. Capitaine-commandant der Reserve ehrenhalber im ersten Régiment des Guides. Kriegsfreiwilliger, Kriegsgefangener, Mitglied des bewaffneten Widerstandes.

Veröffentlicht in: Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Spanisch.

Die griechische Ausgabe ist leider noch nicht erschienen.

ISBN 92-825-2789-1
CB-33-81-061-DE-C

Offizielle Preise in Luxemburg (ohne Mehrwertsteuer): ECU 5,50 BFR 240 DM 13,50

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg

FREIGABE DER HISTORISCHEN ARCHIVE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Selten hat ein so weitreichendes und tief verwurzeltes geschichtliches Ereignis wie der Aufbau Europas einen so leicht zu datierenden und zu lokalisierenden Ursprung gehabt. Die Geburtsstunde der Gemeinschaft wurde an einem bestimmten Tag in einem ganz neuen Register vermerkt. Viele Zeugen dieses Geschehens leben noch, und die große Debatte, die die Entstehung der Gemeinschaft vor 30 Jahren begleitet hat, ist im Gedächtnis der Allgemeinheit verwurzelt. Es ist nicht zu früh, um sie mit der Objektivität, die die Zeit mit sich bringt, wachzurufen und auch nicht zu spät, um die lebendige Erinnerung daran festzuhalten. Es ist vielmehr gerade der richtige Zeitpunkt. Die Freigabe der Archive kommt zur rechten Zeit, damit die Historiker die Chronisten ablösen und die Forscher die Zeugenberichte für authentisch erklären können.

Die Gemeinschaften wollen dieses Ereignis durch die Veröffentlichung des vorliegenden Archivführers würdigen, der informieren soll über den historischen Kontext der Europäischen Gemeinschaften und über das Quellenmaterial in den Gemeinschaftsarchiven.

Veröffentlicht in: Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch.

Die griechische Ausgabe ist leider noch nicht erschienen.

ISBN 92-825-3407-3
CB-36-82-314-DE-C

Öffentliche Preise in Luxemburg (ohne MwSt.): ECU 8,85 BFR 400 DM 20,50

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg

